



Polnischer Arbeiterwitz über Walesa: „Wenn Du Leschek nach der Uhrzeit fragst, fragt der erst mal zurück: Und was sagt der Papst dazu?“

## „Entscheidung“ entscheidet nichts

# Konfrontation in Polen

„Das Abkommen ist ohne Gewalt zustande gekommen, und das zeigt, daß wir zusammenarbeiten können. Wir haben alles erreicht, was in der augenblicklichen Situation möglich ist. Was wir ersehnt und wovon wir geträumt haben: wir haben unabhängige Gewerkschaften“ (Streikführer Lech Walesa).

„Wir haben als Polen zu Polen gesprochen; so sollte es auch sein. Es gibt keine Gewinner und keine Verlierer. Das Wichtigste ist: wir haben einander verstanden, und die beste Garantie für das, was wir erreicht haben, ist harte Arbeit“ (Stellvertretender Ministerpräsident Mieczyslaw Jagielski).

Das waren die Kommentare der Beteiligten, als der Generalstreik an der polnischen Ostseeküste am 31. August durch die Unterzeichnung des vielgelobten Gdanker Ab-

kommens beendet worden war. Wir sagten damals, daß das Abkommen nur auf dem Papier besteht: „Der Kompromiß schafft ökonomisch und politisch eine unhaltbare Situation“ (Spartakist Nr. 32, September 1980). Wir hoben hervor, daß keine stalinistische Bürokratenkaste, die, um sich selbst zu erhalten, ein politisches Machtmonopol besitzen muß, irgendeine wirklich unabhängige Organisation der Arbeiterklasse tolerieren wird. Und die Streikführung um Lech Walesa, die sich in starkem Maße mit der Opposition der mächtigen katholischen Kirche identifiziert, würde mehr und mehr das angeschlagene und diskreditierte Regime herausfordern.

Seit dem Gdanker Abkommen sind jetzt weniger als zwei Monate vergangen, und jeder hat das Gefühl, daß die polnische Gesellschaft wie ein Schiff ist, das sich aus  
*Fortgesetzt auf Seite 4*

# Nieder mit Bundeswehr und NATO! Verteidigt die Sowjetunion!

Die TLD-Intervention in der überwiegend pazifistischen Jusodemonstration am 8. November in Bonn erregte Aufsehen: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“, „Nieder mit der NATO! Verteidigt die Sowjetunion!“, „Sieg der Roten Armee in Afghanistan!“ waren die Hauptparolen des militanten TLD-Kontingents. Unsere Genossen verkauften weit über hundert Zeitungen und machten zahlreiche Kontakte.

Die Bonner Demonstration war eine Reaktion auf die zunehmende öffentliche Zurschaustellung der Bundeswehr. In öffentlichen Vereidigungszereemonien sollen Tausende von Rekruten dem deutschen Imperialismus ihre Treue geloben. Diese provokativen Militärspektakel finden vor dem Hintergrund eines gegen die Arbeiterklasse gerichteten Jubiläums statt: 25 Jahre Bundeswehr! „Die beste Armee in der preußisch-deutschen Geschichte“ befindet der sozialdemokratische Bundeskanzler. Und der sozialdemokratische Verteidigungsminister Apel fordert, daß in den Schulen der (westdeutschen Hälfte) der Nation mehr über die Schule der Nation gelehrt werden muß. Gleichzeitig wird die Verlängerung des Wehrdienstes in Aussicht gestellt. Es sind nicht nur die Säbelrassler unter den alten Generalen und Christdemokraten, die hier Jubiläum feiern. Die Bundeswehr soll wieder salonfähig gemacht werden. Ein paar Orden gehören dazu – Apel genehmigt „Ehrenkreuze“.

Aber die Bundeswehr ist ebensowenig eine neue Armee wie die Geschichte Westdeutschlands 1945 begonnen hat. Der deutsche Militarismus hat seine Tradition, die national und international die Arbeiterklasse zum Feind hat. Die hier stationierten Atomsprengekörper und Mittelstreckenraketen der NATO zielen auf die Sowjetunion. Doch das Schwert ist zweischneidig. Selbst Teile der westdeutschen

Bourgeoisie bangen vor der Vorstellung von Deutschland als Schlachtfeld eines kommenden Weltkrieges. Die westdeutsche Bourgeoisie hat noch nicht auf militärisches Losschlagen gesetzt. Die Sozialdemokratie in der Koalition mit den Freien Demokraten erweist sich als augenblicklichster Sachwalter für ihre Interessen durch eine Détente-politik, die versucht, die deformierten Arbeiterstaaten und die Sowjetunion in den ökonomischen Würgegriff zu nehmen. Doch der Kommentar in der *Welt am Sonntag* während der freigiebig gewährten Polenkredite im August, man solle doch die ehemals deutschen Ostgebiete Schlesien und Ostpreußen mit einer Hypothek belegen, zeigt den alten „Drang nach Osten“. Gleichzeitig ist der westdeutsche

Imperialismus von der weltweiten Rezession nicht ausgespart, deswegen hat Schmidt kategorisch erklärt, die von der NATO geforderte dreiprozentige Aufstockung des Verteidigungshaushalts nicht voll durchsetzen zu können.

Aber der Rahmen einer imperialistischen Détente-politik innerhalb der NATO wird immer enger – auch durch die Wahl von Ronald Reagan zum amerikanischen Präsidenten. Das abgesagte Treffen Schmidts mit SED-Parteichef Honecker, die Visa-Gebührenerhöhung bei DDR-Besuchen, die Debatten über die Neubesetzung für das Amt des Leiters der Ständigen Vertretung Westdeutschlands in Ostberlin zeigen, wie der Manövrierraum für Ent-  
*Fortgesetzt auf Seite 2*

TLD-Kontingent auf der Bonner Demonstration



# Vom KBW zur TLD

Am 11. November wurden Mitglieder und Sympathisanten des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) in Westberlin mit der Geschichte der klassenkollaborationistischen Politik ihrer Organisation konfrontiert. Auf einer Veranstaltung des KBW zum Thema „25 Jahre NATO“ erklärte eine Genossin der TLD, die bis 1975 Mitglied einer KBW-Schülergruppe gewesen war, warum sie mit dem Maoismus gebrochen hat:

„... was mich damals abgestoßen hat, waren die Ereignisse in Angola ... gleich danach kam der Besuch von Strauß in China, wo Strauß und Mao sich darüber unterhielten, daß sie doch einen gemeinsamen Hauptfeind hätten, nämlich die Sowjetunion. Das ist einfach eine Situation gewesen, in der Genossen, die wirklich gegen den westdeutschen Kapitalismus kämpfen wollten, abgestoßen worden sind vom Maoismus, in der klar wurde, daß die Drei-Welten-Theorie in Wirklichkeit eine Zwei-Welten-Theorie ist, nämlich die Sowjetunion gegen den Rest der Welt. Jeder, der mit der VR-China gegen die Sowjetunion vorgehen will, wird unterstützt: selbst der US-Imperialismus.

Die konsequente Fortsetzung dieser Politik der Drei-Welten-Theorie ist heute die Position zur Kriegsfrage. Die Position des KBW ist, daß der Krieg nicht verhindert wird, indem die Arbeiterklasse die Bourgeoisie stürzt, sondern ... (indem) die Arbeiterklasse *Druck* gegen die Bourgeoisie ausübt, eine demokratische Außenpolitik zu machen, und daß der Hauptschlag gegen die Sowjetunion geführt werden muß ...

Genossen, Trotzismus ist nicht das, was in stalinistischen, maoistischen Lehrbüchern dargestellt wird, es ist auch nicht das, was kleinbürgerliche Karikaturen wie die GIM daraus machen. Trotzismus bedeutet den Kampf für eine revolutionäre internationale Partei, die das Proletariat auf einem revolutionären Programm zur Macht führt. Dieses Programm geht davon aus, daß es in der Welt nicht verschiedene Haupt- und Nebenwidersprüche gibt, sondern zwei antagonistische Klassen.“

Den konfuse Aussagen, die man in der *KVZ* in letzter Zeit über den Charakter der Sowjetunion nachlesen kann (von „Sozialimperialismus“ bis „sozialistisches Eigen-

tum“), fügte der Referent eine neue hinzu: die Sowjetarmee sei imperialistisch, weil sie Flugzeugträger besitze! Welche Waffen charakterisieren denn einen Arbeiterstaat, der sich gegen den Imperialismus verteidigen muß – Pfeil und Bogen?

Der reformistische Charakter der Politik des KBW wird besonders deutlich an seinem Programm für Westberlin, für das er eine Lösung im Rahmen des Kapitalismus anstrebt (Abzug der Besatzertruppen, Friedensvertrag, Anerkennung als souveräner Staat). Dazu führte eine andere Genossin der TLD aus: „Wie kann die Frage von Westberlin, das eine NATO-Insel innerhalb des Gebiets der DDR ist, isoliert von der Frage des gesamten Deutschland gelöst werden? Wir Trotzisten propagieren die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands“.

näre Wiedervereinigung Deutschlands“.

Aufgebracht durch das energische Auftreten der Genossinnen der TLD und nach dem mehrmaligen Versuch, unsere Beiträge durch Zwischenrufe zu verhindern, beschimpfte uns ein Unterstützer des KBW in übelster Weise als „Fotzen“ und „faschistische Drecksäue“. Das wurde weder vom Podium noch von anderen Teilnehmern der Veranstaltung verurteilt, im Gegenteil, der Schmährer erhielt auch noch den Beifall der Versammelten. Mit Beschimpfungen auf politische Beiträge von Genossinnen zu antworten, wirft ein bezeichnendes Licht nicht nur auf die Unfähigkeit des KBW, sich mit revolutionären Positionen *politisch* auseinanderzusetzen, sondern auch auf die Situation weiblicher Mitglieder in stalinistischen Organisationen!

Nach schweren internen Auseinandersetzungen und dem Verlust eines Drittels der Mitgliedschaft versucht der KBW, sich zu konsolidieren auf der politischen Basis der *Anwendung* der Drei-Welten-Theorie bei Vermeidung der *konsequenten Anwendung*, nämlich offener Vaterlandsverteidigung. ■



Ex-KBW-Anhängerin, jetzt Mitglied der TLD, attackiert Drei-Welten-Theorie

Spartakist Foto

## NATO...

Fortgesetzt von Seite 1

spannungspolitik abzunehmen beginnt, trotz feierlicher Bekundungen von Schmidt und Giscard bei ihren gegenseitigen Freundschaftsbesuchen.

International hat sich die Gefahr eines dritten Weltkrieges verstärkt. Man denke an die antisowjetische Hetze über Afghanistan. Der westdeutsche Imperialismus ist eine selbstbewußte Kraft geworden – wie sich zum Beispiel an der deutschen Rolle in der Türkei aufzeigen läßt. Aber er hat nicht die sozioökonomische Basis, die dominierende Macht zu sein. Die öffentlichen Gelöbnisse dienen der Machtzuschauung, nicht in erster Linie schon jetzt der direkten Schaffung einer Kriegsstimmung. Aber der westdeut-

senheit der Eltern und Verwandten“) zu fordern – in der Tat eine Reform, die nichts kostet (oder bringt!) Auch sollten Kasernen statt „Hindenburg“ lieber „Fritz Erler“ heißen (wie wär's mit „Noske“, Herr Piecyk?) Der Bestand des bürgerlichen Heeres, des bewaffneten Arms des bürgerlichen Staates wird nicht nur nicht in Frage gestellt: er wird bejaht.

Dieser Rahmen wurde aber auch stillschweigend von den meisten Organisationen in Bonn akzeptiert. Die „Volksfront“ marschierte für „Neutralität“ in einer Demonstration, an der die KPD/ML vor fünf Jahren, als Aust den Verteidigungsminister wegen mangelhafter Wehrkraft der Armee anklagte, nicht teilgenommen hätte! Der KBW machte solange einen militanten Eindruck, bis man seine Losungen vernahm: „Abzug aller fremden Truppen aus Deutschland“, „für eine demokratische Außenpolitik“, „Für einen demokratischen Friedensvertrag“. Das ist nichts Anderes als Jusopolitik unter roten Fahnen.

### GIM im Windschatten der Jusos

Was bei den Jusos oder Vaterlandsverteidigern nicht verwundert, sollte bei Mitgliedern der GIM, die sich für Trotzisten halten, Beschämung hervorrufen. In bester Juso-Anbiederung heißt es in dem in Bonn verteilten Flugblatt: „Statt Sparpolitik – Kürzung des Rüstungshaushalts! Arbeitsplätze statt Rüstung!“ Als Leninisten setzen wir solchem (utopischen) Pazifismus die revolutionäre Perspektive der Zerschlagung des bürgerlichen Staates und die Zersetzung seiner Armee im Bürgerkrieg entgegen. Wie Leo Trotzki gegen die Zweite und die stalinistisch degenerierte Dritte Internationale 1938 schrieb:

„Abrüstung? Aber die Frage ist hier, wer wen entwaffnen wird. Die einzige Abrüstung, die den Krieg abwenden oder beenden kann, ist die Entwaffnung der Bourgeoisie durch die Arbeiter.“

Revolutionäre Mobilisierung – die einzig wirksame – gegen den Krieg heißt erbarmungslose Entlarvung aller pazifistischen und sozialdemokratischen Illusionen. Trotzki schrieb 1932:

„Die einflußreichste pazifistische Kraft ist die Sozialdemokratie. In Friedenszeit ist sie nicht knauserig mit billigen Sprüchen gegen den Krieg. Aber sie bleibt der „nationalen Verteidigung“ verbunden. Das ist entscheidend ... Das ist der Grund, warum der intransigenteste Kampf gegen den Pazifismus und seinen trügerischen Charakter der erste Schritt auf dem Weg des revolutionären Kampfes gegen den Krieg ist ...“

Aber die GIM ist so erpicht darauf, mit „Sozialdemokraten, die die NATO-Aufrüstung ablehnen“ (unsere Hervorhebung) die Einheit in der Aktion zu finden, daß sie weder *grundsätzlich* für die Zerschlagung der NATO noch für die Verteidigung der degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten eintritt. Die Raketen der NATO sind auf die Sowjetunion gerichtet, Genossen, nicht auf Managua oder Teheran. Die GIM tritt in ihrer SPD-Orientierung zusehends in die Fußstapfen der IMG (ihrer Schwesterorganisation in Britannien), die im Windschatten der britischen Staatskapitalisten der SWP und der Labour-Linken die Verteidigung der Sowjetunion „vergessen“ haben. Wenn die GIM doch einmal die Sowjetunion erwähnt, dann benutzt sie die NATO-Aufrüstung als Vorwand für einen politischen Angriff auf die Sowjetunion.

„Die Aufrüstung der NATO ... ermöglicht der Sowjetbürokratie, Unterdrückungsmaßnahmen wie die Stationierung von Sowjettruppen in Polen zu rechtfertigen“ (GIM-Flugblatt vom 31. Oktober).

Aber was Trotzisten gerade *nicht* an der stalinistischen Politik der Sowjetunion kritisieren, ist die Verteidigung der Westgrenzen der deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas gegen den imperialistischen Revanchismus.

Die Frage des *revolutionären* Kampfes gegen den Krieg und die Verteidigung der Sowjetunion gegen den Imperialismus zeigen mit brutaler Deutlichkeit, daß nur die Trotzistische Liga Deutschlands das Banner Lenins und Trotzki im Kampf gegen den imperialistischen Krieg erhebt. Nicht einen Mann, nicht einen Pfennig für dieses System! Verteidigt die Sowjetunion! Der Hauptfeind steht im eigenen Land! ■

## TLD-Kontaktadressen

FRANKFURT: Postfach 1 67 47  
6000 Frankfurt/Main 1

WESTBERLIN: Postfach 11 06 47  
1000 Berlin 11

sche Staat kann sich Schlappen wie Bremen nicht leisten. Das brutale Zusammenschlagen linker Demonstranten in München und Hannover, wie die bürgerkriegsähnlichen Manöver der „Sicherheitskräfte“ in Bonn (nach der *Frankfurter Rundschau* ein „gespenstischer Rahmen“ für die Bundeswehrfeier) beweist diese Entschlossenheit. Schluß mit den Bürgerkriegsmanövern der Polizei!

Viele der über 5000 Bonner Demonstranten am 8. November richteten ihren Protest sicherlich gegen den imperialistischen Militarismus der Bourgeoisie. Gerade solchen Genossen galt unsere Intervention. Aber die Führung der Demonstration versuchte, eine Kundgebung für pazifistische Illusionen und den „demokratischen“ Imperialismus abzuhalten. In einem Spaltungsmanöver hatten die Jusos eine „friedliche Demonstration für Frieden und Abrüstung“ angemeldet. Doch eine Aktionseinheit gegen das zentrale Bonner Gelöbnis mit Bundeskanzler Schmidt am 12. November konnte ihnen aufgezwungen werden. Heute stehen die Jusos formal *rechts* von der SPD der fünfziger Jahre, die gegen eine Wiederaufrüstung Deutschlands und die Mitgliedschaft in der NATO eintraten. Jusovorsitzender Piecyk begnügt sich, Vereidigungen in den Kasernen („in Anwe-

## SPARTAKIST

herausgegeben von der  
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,  
Sektion der internationalen Spartacist Tendenz

Verantwortlicher Redakteur:

W. Hohmann, 6000 Frankfurt 1

Anschrift: Postfach 1 67 47  
6000 Frankfurt/Main 1

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen  
Punkten der Auffassung der Redaktion.

Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

ISSN 01 733-7430

## Postarbeiter im Streik:

# Macht die Post dicht!

Das folgende Flugblatt wurde von unseren Genossen vor Frankfurter und Westberliner Postbetrieben verteilt:

92,4 Prozent der Postler haben für Streik gestimmt. Und der Streik kann gewonnen werden! Die Gewerkschafter der Post halten einen zentralen Hebel der westdeutschen Wirtschaft in der Hand – finanzielle Transaktionen, die für die Kapitalisten lebensnotwendig sind, das gesamte Kommunikationsnetz der Unternehmer und der Regierung.

Die Forderungen der Postler nach anderthalbfacher Anrechnung von Nacht- und Wechselschicht und Wochenendarbeit, keiner Streichung der bezahlten Pausen und einer Aufstockung des Urlaubs für Schichtarbeiter um 12 Tage sind nur allzu berechtigt und sie können erkämpft werden!

Von den 450 000 Beschäftigten bei der Post rackern sich etwa 200 000 Postler im mörderischen Schichtdienst ab. Der von der Post rücksichtslos ausgetüftelte Schichtdienstplan, angeblich um dem Konkurrenzdruck privater Paketbeförderungsdienste standhalten zu können, bedeutet für die Schichtgänger nicht nur täglich wechselnde Arbeitszeiten (zwei Schichten innerhalb von 24 Stunden sind keine Seltenheit), sondern auch schnellere Bandgeschwindigkeit, verschärfte Arbeitshetze, erhöhte Unfallgefahr. Die Post, die im letzten Jahr 2,1 Milliarden DM Gewinn eingeheimst hat, zahlt den Nachtschichtlern lächerliche 75 Pfennig Nachtzuschlag pro Stunde; eine Regelung, die seit 1955 besteht und weit hinter den von der IG Metall erkämpften Nachtzuschlägen zurücksteht.

Die bürgerliche sozial-liberale Regierung schiebt die Forderungen der Schichtarbeiter seit vier Jahren vor sich her. Jetzt im Zeichen von „Sparpolitik“, steigender Arbeitslosigkeit und Unternehmeroffensive zeigen sich Gscheidle und Baum hart. Dies zeigt den Charakter dieser Regierung, in der die Sozialdemokratie die Drecksarbeit der Bourgeoisie in Koalition mit der Unternehmerpartei FDP macht. Kaum sechs Wochen nach den Wahlen bekommen die Arbeiter die Quittung von der Regierung, die sie gewählt haben. Die gleiche SPD, deren Wahlsieg über Strauß in den Augen der vorgeblichen Linken einen Sieg für die Arbeiterklasse darstellte, startet im Verein mit dem „Maßhalten“- und „Mehr-Arbeiten“-Apostel Lambsdorff eine massive



Offenbacher Streikposten riegeeln Postamt ab

Offensive auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse: Steuererhöhungen, Sparpolitik, Abbau von Sozialleistungen. Und ihr Krisenmanagement findet Rückendeckung bei ihren Freunden in der DGB-Bürokratie, die im Anschluß an die Koalitionsverhandlungen „großes Verständnis für die wirtschaftlichen Probleme, vor denen die Bundesregierung steht“ (*Frankfurter Rundschau*, 31. Oktober) geäußert haben. Postminister und Arbeitshetze Gscheidle – jahrelang Gewerkschaftsbürokrat bei der Postgewerkschaft

– wird noch immer in der DPG geduldet.

Nur in einem Bereich entdecken Baum & Co. ihr Mitgefühl mit Schichtdienstlern – bei der Polizei. Da sieht der Innenminister schon ein, daß die professionellen Streikbrecher des Staates ausgeruht und gesund an die Arbeit gehen müssen, um zum Beispiel gegen streikende Postler und wie '76 gegen die Drucker vorzugehen. Diese Prügel- und Streikbrechergarde hat in der Gewerkschaftsbewegung nichts zu suchen. Polizei raus aus dem DGB!

Der Poststreik kann Signalwirkung haben, nicht nur für die Arbeiter und Angestellten der ÖTV (wie Baum befürchtet), sondern für alle Arbeiter im Kampf gegen die Lohnraubpolitik von Koalition und Unternehmern.

Dafür müssen alle Beschäftigten bei der Post in einer Front stehen: Die Losung der Warnstreikenden vom Frankfurter Fernmeldeamt 1 „Eineinhalbfach für die Schicht, sonst machen wir den Laden dicht“ muß heißen, daß der gesamte Postbetrieb durch militante Streikposten stillgelegt wird. Die Regierung hat schon angekündigt, daß sie die Beamten als Streikbrecher einsetzen will: „Wir brauchen keine Notdienste, wir haben die Beamten“ heißt es. Das muß verhindert werden! Die Streikfront muß geschlossen sein! Das Streikrecht der Beamten muß durch gemeinsame Streikaktion durchgesetzt werden! ÖTVler und Eisenbahner, die für den Transport von Paketen und Briefen sorgen, müssen die Beförderung bestreikter Post gemeinsam verweigern! Streikbrecherdienste durch private Paketbeförderungsfirmen wie UPS (United Parcel Service) und DPD (Deutscher Paket Dienst) müssen unterbunden werden!

Die Gewerkschaftsbürokratie um Breit möchte einen faulen Kompromiß im Interesse der „Allgemeinheit“ durchsetzen – nachdem sie vor den Wahlen Streiks verhindern wollte, im Interesse ihrer Regierungsfreunde. Und überhaupt ist's ja bald Weihnachten usw. usf. Aber die Bosse kümmern sich einen Dreck darum, ob die Arbeiter ein „frohes Fest“ haben. Und die Regierung kümmert sich ebensowenig darum, daß Schichtdienstler ihre Familien kaum zu Gesicht bekommen. Kein Ausverkauf der Forderungen der Postler für das „allgemeine Interesse“ der Bourgeoisie! Wenn sich Gscheidle Sorgen macht um Weihnachten, kann er die Forderungen erfüllen – ansonsten muß halt der Weihnachtsmann die Pakete ausliefern!

- Alle müssen streiken! Macht die Post dicht!
- Volle Durchsetzung der Forderungen der Postler!
- Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohn: Einstellung der Arbeitslosen durch Arbeitszeitverkürzung für Alle!
- Ständige Angleichung der Löhne an die Preissteigerungen!
- Brecht mit der SPD! Für eine Arbeiterregierung, die die Kapitalistenklasse enteignet und einen gesamtgesellschaftlichen Wirtschaftsplan einführt!

## Streikt weiter!

Frankfurt, 23. November. Wütende Postler drangen heute Abend in die Sitzung des Bezirksvorstandes der DPG in Frankfurt ein, um gegen die stundenlange Beratung über das lächerliche Verhandlungsangebot der Regierung zu protestieren. Bezirksvorsitzender Stark brach darauf sofort die Sitzung ab und drohte mit Polizeieinsatz. Danach konfrontierten 70 bis 80 Gewerkschaftsaktivisten den Hauptvorstand in Frankfurt-Niederrad. In der Gewerkschaftszentrale protestierten sie gegen den geplanten Ausverkauf des Poststreiks und verzögerten damit den Beginn der Hauptvorstandssitzung.

Breit ließ sich nicht darin stören, dem Hauptvorstand die Einstellung von Kampfmaßnahmen bis zur Urabstimmung zu empfehlen – eine Urabstimmung, bei der eine Minderheit von 25 Prozent ausreicht, um den Streik niederzuschlagen! Wie vor 18 Monaten der Streik der Stahlkollegen für die 35-Stunden-Woche, wird der Kampf der Postler im Interesse einer wirtschaftlichen „Vernunft“ ausverkauft, die nur im Interesse der Kapitalisten ist.

Die Gewerkschaftsbürokratie von Breit und Co. empfindet offensichtlich mehr „Solidarität“ mit ihrem Kollegen Gscheidle als mit den Postlern, die im Schichtdienst Briefe sortieren oder Säcke schwingen. Die Verhandlungskommission der DPG empfiehlt die Annahme eines Abschlusses, der von den Arbeitern als Hohn empfunden wird. Den Kampf der Postler um „anderthalbfach für die Schicht“ will sie für lächerliche vier Freischichten ausverkaufen, weil die Bürokratie der Sparpolitik ihrer sozialdemokratischen Ministerfreunde keine Probleme bereiten will. Als besonderen Zynismus soll es eine zusätzliche Freischicht ab 1982 für Arbeiter ab 55 geben – obwohl kaum ein Schichtdienstler es so lange schafft!

Die Empfehlung des Vorstandes ist im Interesse der Minister der Partei, die vorgibt, „für die Interessen der Arbeitnehmer“ einzutreten. Aber die SPD hat sich voll den Profitinteressen des deutschen Kapitals verschrieben – nicht nur durch ihre Koalition mit der FDP von Lambsdorff,

Genscher und Ertl. Breit und Co. haben ihre Bereitschaft gezeigt, die Interessen der Belegschaft preiszugeben, die Beamten und Auszubildenden für Streikbruch einspannen zu lassen und den Streik zu verraten, anstatt Schmidt, Baum und dem langjährigen Vorstandsmitglied der DPG, Gscheidle, den Arsch heiß zu machen.

Mit der Strategie von „Schwerpunktstreiks“ beabsichtigte die Bürokratie von vornherein, die Kampfkraft der Gewerkschaft zu lähmen. Postler haben 75 Postämter in 45 Städten bestreikt, 30 000 Arbeiter und Angestellten sind im Ausstand. 1 Million Pakete und 7 Millionen Briefe blieben auf der Strecke. Dieser Streik kann gewonnen werden und ein Signal für die gesamte deutsche Arbeiterklasse im Kampf gegen die Sparpolitik von Unternehmern und SPD/FDP-Koalition geben! Die Kapitalisten können es sich nicht leisten, daß Geldverkehr, Rechnungen usw. lahmliegen. Dieser Streik hat soziale Macht! Kollegen, setzt den Streik fort! Ihr könnt gewinnen!

TLD-Genossen sind von Anfang an aktiv in der Unterstützung der Postler hervorgetreten. In Westberlin, Offenbach und Frankfurt haben unsere Genossen ihre Solidarität mit den streikenden Kollegen gezeigt. Der *Spartakist* sowie unsere Flugblätter, die wir seit dem ersten Streiktag verteilten, wurden mit lebhaftem Interesse gekauft, genommen und gelesen.

Die Kriecherei von Breit und Kumpanen vor der Regierung zeigt, daß solche sozialdemokratischen Gewerkschaftsböden nicht willens sind, für die Interessen der Arbeiter konsequent einzutreten. Was die Gewerkschaften brauchen, ist eine klassenkämpferische Führung, die die Interessen der Arbeiter gegen die Kapitalisten und „kleinere“ wie „größere“ Übel an der Regierung durchsetzt.

- Nein zum Almosen-Angebot der Regierung!
- Streikt weiter! Ihr könnt gewinnen!
- Für gewählte Streikkomitees!
- Weg mit der undemokratischen 25-Prozent-Regelung! Bei der Urabstimmung sollen Mehrheiten entscheiden!
- Nicht Breit und Konsorten! Für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung!
- Brecht mit dem Klassenverrat der SPD! Für eine revolutionäre Arbeiterpartei! Für eine Arbeiterregierung!

# Kein Einwanderungsstopp für Juden in Westberlin!

Am 9. November versammelten sich in Berlin rund 20 Unterstützer der TLD vor dem Jüdischen Gemeindehaus, um gegen den Einwanderungsstopp für Juden in Westberlin und gegen den verstärkten Terror der faschistischen Mörderbanden zu protestieren. Die Kundgebung richtete sich gegen die Verantwortlichen des skandalösen rassistischen Aufnahmestopps für jüdische Einwanderer, den Regierenden Bürgermeister Stobbe und den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Westberlin, Galinski, die an der Gedenkfeier für die Opfer der Reichskristallnacht im Jüdischen Gemeindehaus teilnahmen.

Es war nicht überraschend, daß viele Juden in zahlreichen Diskussionen ihre Sympathie mit dieser Protestaktion erklärten und energische Maßnahmen gegen den Aufnahmestopp verlangten. Besondere Zustimmung fand unser Plakat „Keine Freilassung von Rudolf Hess!“. Die TLD stellte mit ihrer Aktion unter Beweis, daß nur durch die unabhängige Klassenmobilisierung des Proletariats Faschismus und Rassismus zerschlagen werden können. Beide Flügel der Westberliner GIM drückten sich in sektiererischer Weise vor einer Beteiligung an dieser Protestaktion. Im folgenden der Wortlaut unseres Flugblattes:

1980 hat der faschistische Terror erneut in dramatischer Weise sein Haupt erhoben. Die über hundert Opfer der Nazi-Mordanschläge seit dem 15. August sind ein klarer Beweis dafür, daß der Faschismus keineswegs tot ist. Der Bombenanschlag vom 3. Oktober auf die Pariser Synagoge kurz nach den Blutbädern von Bologna und München läßt den Nazi-Holocaust, in dem 6 Millionen Juden, 20 Millionen Sowjetbürger und Hunderttausende von Kommunisten und Sozialisten hingeschlachtet wurden, erneut drohend am Horizont erscheinen.

Doch es reicht nicht aus, sich am heutigen Tag der Millionen von europäischen Juden, die unter Hitler ermordet wurden, zu erinnern. Unsere Aufgabe ist es zu verhindern, daß der Hitler-Abschaum erneut erstarkt. Ein proletarisches Kampfprogramm ist dazu lebensnotwendig.

## Kein Vertrauen in den bürgerlichen Staat!

Viele erwarten vom bürgerlichen Staat, daß er die Faschisten verbietet. Doch es ist gerade die Anti-Immigrationspolitik der westeuropäischen Regierungen, die Speerspitze ihrer Austeritätsprogramme gegen ihre „eigenen“ Arbeiter, die dazu führt, die rassistischen Angriffe auf Immigranten halboffiziell zu sanktionieren. Bei über einer Million westdeutschen Arbeitslosen, mit denen im nächsten Jahr gerechnet wird — die ohnehin hohe Arbeitslosigkeit in Westberlin wird weiter rapide ansteigen —, ist der gegen die Ausländer gerichtete Chauvinismus auch integraler Bestandteil der westdeutschen und Westberliner Regierungspolitik. Obwohl die Bourgeoisie die faschistischen Terrorbanden heute noch nicht braucht, bleiben diese doch ihr letztes Aufgebot, um ihr verrottetes System vor einem proletarischen Aufstand zu retten. So ist es auch keine Überraschung, wenn die westdeutsche Polizei und Justiz, die immer wieder Faschistenaufmärsche vor anti-faschistischen Demonstranten schützt, sich heute weigert, gegen die Bombenleger von München effektiv vorzugehen. Hoffmann ist immer noch auf freiem Fuß! Und in dieser Woche wurden wieder einmal zwei ehemalige SS-Offiziere,



Spartakist Foto

## Protest gegen Einreisestopp für Juden in Westberlin

Mitglieder des Kommandanturstabs des KZ Auschwitz, die sich 1945 an der Erschießung von Häftlingen des Lagers Jaworzno beteiligt hatten, unbestraft freigelassen. Die beiden werden sogar eine Entschädigung für die „Unannehmlichkeiten“ während der Untersuchungshaft erhalten! In diese Reihe gehört auch die anwachsende Kampagne für die Freilassung des Massenmörders Rudolf Hess. Und in diesem düsteren Zusammenhang, während bekannte faschistische Killer wie diese frei herumlaufen, werden nun wieder Juden aus Westberlin ausgewiesen — und dies mit der Unterstützung des Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde, Herrn Galinski!

## Nieder mit dem Einwanderungsstopp für Juden!

Der Westberliner Senat hat die empörende Entscheidung getroffen, diejenigen Juden, die nur aus der Sowjetunion ausreisen konnten, weil sie zustimmten, nach Israel zu gehen, daran zu hindern, in Westberlin zu leben und zu arbeiten. Es gehört schon einige Chuzpe dazu, Juden aus Westberlin zu verbannen! Meint der sozialliberale Senat, meint Herr Stobbe (der ohne Schamgefühl hier heute erscheint), daß es in Westberlin zu viele Juden gibt? Und will Herr Galinski die unseligen Traditionen der deutschen jüdischen Bourgeoisie wieder aufleben lassen, sich von „zuviel Ostjuden“ bedroht zu fühlen?

Einmal mehr greift ein deutscher Staat Juden an, und Galinski arbeitet Hand in Hand bei deren Zwangsausweisung mit. Es kann doch niemanden überraschen, daß Juden nicht in das Supergetto Israel transportiert werden wollen. Dieser Einwanderungsstopp spielt dem Antisemitismus

und der Ausländerhetze in die Hände. Nieder mit dem Einwanderungsstopp für Juden! Volle Staatsbürgerrechte für alle ausländischen Arbeiter!

## Arbeiterselbstverteidigung gegen die faschistische Brut!

Die Unterstützung (platonischer) Zionisten wie Galinski für den Einwanderungsstopp legt den Bankrott des Nationalismus offen. Der Zionismus unterdrückt die Palästinenser in Israel und verschwört sich in Westberlin gegen die osteuropäischen Juden! Nur eine proletarische Klassenantwort kann die Rechte aller Minderheiten verteidigen und erfolgreich mit den Faschisten fertig werden. Nur wenn die Minderheiten ihre nationalistischen Illusionen aufgeben und sich mit der einzigen Kraft, der Arbeiterklasse, verbinden, kann der Faschismus geschlagen und ein neues 1933 verhindert werden.

Wie die große polnisch-deutsche Revolutionärin Rosa Luxemburg sagte: „Die Alternative ist Sozialismus oder Barbarei.“

- Weg mit Stobbe/Galinskis Einwanderungsstopp für Juden in Westberlin!
- Zerschlagt das Nazi-Pack durch Mobilisierung des Proletariats!
- Keine Freilassung von Rudolf Hess!
- Nieder mit der stalinistischen Bürokratie! Verteidigt die Sowjetunion gegen imperialistische Angriffe!
- Gegen Zionismus und arabischen Nationalismus! Für einen hebräisch-arabischen Arbeiterstaat als Teil der sozialistischen Föderation des Nahen Ostens!

## Polen...

Fortsetzung von Seite 1

seiner Verankerung losgerissen hat und sich Gott weiß wohin bewegt. Die gewerkschaftliche Situation ist äußerst chaotisch und verwirrend geworden. Das Regime ist paralysiert, und die obersten Führer schieben sich wie wild gegenseitig den schwarzen Peter zu. Währenddessen sprechen der Kreml und seine loyalen Satelliten, besonders die DDR, unaufhörlich von der wachsenden Bedrohung durch „antisozialistische Kräfte“ in Polen. Die gleiche Sprache haben sie während des Prager Frühlings 1968 benutzt, und jedenmann, nicht nur in Polen, sondern in ganz Europa weiß, wie das geendet hat.

Anfang November eskalierte die Situation rapide. Kurz vor der endgültigen Konfrontation zwischen den Gewerkschaften und der Bürokratie kam es zur vollständigen Kapitulation der Bürokraten. Der Sonderkorrespondent von *Le Monde* beschreibt die jetzige Lage treffend: „Vier Tage nach der endgültigen Legalisierung von Solidarität scheinen die Chancen für eine politische Stabilisierung in Polen für die nächst Zukunft gleich null zu sein“ (*Le Monde*, 15. November).

## Kalte Doppelherrschaft

Die Führung des neugegründeten Gewerkschaftsverbandes Solidarność („Solidarität“) und das Regime haben

sich gegenseitig der Verletzung der Bedingungen des Gdanker Abkommens angeklagt. Da die Regierung nicht wie abgemacht die Löhne erhöhe oder den neuen Gewerkschaften genügend Publizität in den Massenmedien verschaffe, rief die Führung von „Solidarität“ erfolgreich zu einer landesweiten einständigen Arbeitsniederlegung am 3. Oktober auf. Die Regierung wiederum verweigerte dem neuen Verband die gesetzmäßige Registrierung, da seine Führer von ihrem Versprechen, die „führende Rolle“ der herrschenden Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) anzuerkennen, abgerückt seien.

Dann versuchte das Gericht, die Registrierung der Gewerkschaften vorzunehmen bei gleichzeitiger Erweiterung der Statuten der „Solidarität“ um einen Passus, in dem die „führende Rolle“ der Partei festgelegt wird.

Als Antwort drohte die Gewerkschaft mit einem Generalstreik für den 12. November. Nach einer Woche bedrohlich ansteigender Spannung (mit Kaniás Flug nach Moskau als Höhepunkt) entschied ein tief gespaltenes Politbüro (wie berichtet wird, erst nach heftigen Appellen Kaniás), das Oberste Gericht anzuweisen, die Entscheidung der unteren Instanz aufzuheben und die ursprünglichen Statuten anzuerkennen. Als „Kompromiß“ schlugen die Gewerkschaften vor, passende Paragraphen aus dem Gdanker Abkommen aufzunehmen.

Die Walesa-Führung, die sich gegenüber denjenigen Elementen, die eine rasche Konfrontation mit der Sowjetunion suchen, immer deutlicher als „mäßige“ Kraft herausstellte, gab sich bescheiden. Nachdem sie das Regime

zur vollständigen Kapitulation gezwungen hatte, erlaubte sie der Bürokratie gnädig, die Sache als Sieg auszugeben.

Aber welches rosige Bild sie auch immer in der westeuropäischen liberalen Presse malen, im Grunde müssen sie die „neuen, selbstverwalteten Gewerkschaften“ instinktiv als schwere Bedrohung ihrer Macht empfinden. Als das Abkommen ausgehandelt wurde, veröffentlichte das Streikkomitee ein offenbar authentisches Dokument einer hohen Parteikommission, das feststellte: „Solche Gewerkschaften würden die Rolle einer von antikommunistischen Kräften inspirierten, politischen Oppositionspartei spielen. Sie würden eine Machtteilung bewirken“ (*New York Times*, 1. September). Das drückt zweifellos die gesellschaftliche Realität aus, gesehen vom Standpunkt der polnischen stalinistischen Bürokratie.

Um diese Realität zu verschleiern, bestanden die Unterhändler der Regierung darauf, daß die neuen Gewerkschaften die „führende Rolle“ der PVAP festschreiben. Dieses Zugeständnis wurde von den Streikführern (nach scharfen Auseinandersetzungen) vielleicht aus Furcht vor einer militärischen Intervention der Sowjetunion oder einfach vor einer weitergehenden sozialen Unruhe gemacht. Aber sie taten es mit zusammengebissenen Zähnen.

Natürlich stellt die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei nicht eine revolutionäre (leninistische) Avantgarde dar; sie ist das Werkzeug einer parasitären Bürokratie. Im Kampf für eine proletarische politische Revolution unterstützen Trotzlisten unabhängige, auf einem sozialistischen Programm basierende Gewerkschaften und würden unter kei-

# San Francisco: 7000 Stimmen für Spartacist-Kandidatin

Auf einem harten, kommunistischen Programm hat Diana Coleman, Kandidatin der Spartacist League und langjährige Gewerkschaftsaktivistin, bei den Stadtratswahlen in San Francisco 7183 Stimmen erhalten. Zum Zeitpunkt einer bedeutenden Rechtsverschiebung in der amerikanischen Politik ist dies ein eindrucksvoller Sieg für eine bolschewistische Kandidatin. Während im Weißen Haus ein rassistischer, antiproletarischer Kriegstreiber den anderen ablöst und Carter und Reagan während des Wahlkampfes versuchten, im Rüstungswettlauf gegen das „rote Rußland“ einander zu überbieten, trat Coleman mit der unnachgiebigen Verteidigung der UdSSR gegen die imperialistischen Kriegsdrohungen an die Bevölkerung San Franciscos heran. Im Gegensatz zu allen bürgerlichen Politikern (und ihren Lakaien in den Gewerkschaften), die nach einer von der katholischen Kirche geführten kapitalistischen Restauration in Polen lechzen, trat Coleman für die strikte Trennung von Kirche und Staat ein und für eine proletarische politische Revolution in den bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten des Sowjetblocks, um die sozialistischen Eigentumsformen zu stärken, statt sie zu unterminieren. Auf lokaler Ebene, wo die Ökologen und Nullwachtums-Fanatiker Kaliforniens gegen das Rauchen in öffentlichen Gebäuden, gegen Pornografie, das Tragen von Waffen und die Industrie wettern, wies Coleman diese Nachäfferei von kapitalistischer Austeritätspolitik und repressivem Moralismus schroff zurück. Sie forderte ein umfassendes Programm öffentlicher Arbeiten und das Recht der Bevölkerung auf bewaffnete Selbstverteidigung. Sie verteidigte die Freiheit des Individuums gegen die feministische Zensur der Pornografie und die liberalen Moralisten, die mit Carters „Moralischer Mehrheit“ gemeinsame Sache machen.

Coleman konfrontierte die zentralen Fragen, anstatt — wie ihre Gegner — auszuweichen, um Stimmen einzufangen: „Der kapitalistische Staat kann nicht reformiert werden, damit er den Interessen der Arbeiter und Armen dient“, erklärte Colemans Wahlbroschüre. „Er muß durch einen Arbeiterstaat ersetzt werden. Dazu wird eine sozialistische Revolution notwendig sein!“ Anders dachten die anderen linken Kandidaten für die Stadtratswahlen, z. B. Louise Goodman, Kandidatin der Socialist Workers Party (Schwesterorganisation der GIM), die es nicht für opportun hielt, sich auf dem Wahlzettel als Sozialistin zu erkennen zu geben, und die die SWP nicht einmal erwähnte! Gleichzeitig rühmte sich „Genosse“ Mark Friedmann, SWP-Kandidat für das Abgeordnetenhaus in Südkalifornien, seiner

Umständen die „führende Rolle“ der Stalinisten anerkennen. Aber Lech Walesa weist die „führende Rolle“ der PVAP nicht vom Standpunkt des revolutionären Sozialismus, ja nicht einmal von dem des primitiven gewerkschaftlichen Syndikalismus zurück (wie viele antisowjetische „Linke“ im Westen uns glauben machen wollen). Seine Bestrebungen sind klerikal-nationalistisch.

Nachdem die Bürokratie in der Statutenfrage vor den unabhängigen Gewerkschaften kapituliert hatte, veröffentlichte der *Stern* ein Interview mit Walesa, wo dieser ganz deutlich aussprach, welchen Kräften er sich verbunden fühlt. Auf die Frage des *Stern*, ob er auf die Möglichkeit einer sowjetischen Invasion vorbereitet sei, antwortete Walesa: „Ja, auch auf eine solche Situation sind wir vorbereitet. Außerdem haben wir Freunde.“

## Ist „Solidarität“ eine klerikale Gewerkschaft?

Die Führer der „Solidarität“ behaupten, sie hätten unter den 13 Millionen Werkstätigen 8 Millionen Mitglieder. Die weitverbreitete Teilnahme an der Protestaktion vom 3. Oktober könnte diese Behauptung als nicht ganz so übertrieben erscheinen lassen. Zweifellos jedoch sind viele Arbeiter auf dem Papier Mitglied sowohl der neuen als auch der alten Gewerkschaft. Der vollkommen diskreditierte Zentrale Gewerkschaftsrat ist aufgelöst, zuvor waren 9 der 23 Einzelgewerkschaften „unabhängig“ geworden, was auch immer das heißen mag. Wahrscheinlich weiß niemand in Polen über die politischen und organisatorischen

Debatte mit dem Kandidaten der Demokratischen Partei, Tom Metzger, besser als Führer des kalifornischen Ku Klux Klan bekannt (*Militant*, 10. Oktober). Offensichtlich aber zahlte es sich nicht aus, daß die SWP ihre Fahne eingeholt hatte: Auf einem sozialdemokratischen Programm erhielt ihre Kandidatin nur 6500 Stimmen.

Nach den Wahlen zeigte eine Analyse der Wahlbezirke, daß die Resonanz auf unseren kommunistischen Wahlkampf weder zufällig noch gleichmäßig gestreut war. Die Stimmen für Coleman konzentrierten sich in bestimmten Stadtteilen San Franciscos: in der Stadtmitte, die vor allen Dingen von Schwarzen bewohnt wird, im rassistisch integrierten Haight/Ashbury mit einem hohen Anteil von jungen Wählern, im Castro-Distrikt, wo sehr viele Schwule zu finden sind und in den Bezirken der spanisch-sprechenden Bevölkerung. Der durchschnittliche Stimmenanteil für die gesamte Stadt betrug 2,7 Prozent; in ihren 20 Spitzenbezirken erhielt Coleman 8,47 Prozent.

## Kandidatur gegen Carter/Reagan, die Nazis und den Klan

Diana Colemans Wahlkampagne stand in engem Zusammenhang mit der erfolgreichen, von der SL/U.S. initiierten proletarischen Massenkundgebung, die verhinderte, daß die Nazis im vergangenen April Hitlers Geburtstag in San Francisco „feiern“ konnten. Vor allem deshalb hat diese kommunistische Wahlkampagne die Anerkennung durch breite Schichten von Schwarzen, Gewerkschaftlern, Linken und Schwulen auf sich gezogen. Es war die Stoßrichtung dieser Mobilisierung gegen die Faschisten, die Coleman immer wieder einhämmerte: Kein Verlaß auf parlamentarische Politik! Massenmobilisierungen von Arbeitern und Schwarzen in den Straßen sind notwendig, um die Faschisten zu stoppen! Die Politik der Demokraten und Republikaner, die den Nährboden für das Aufleben der faschistischen Terrorgruppen bereiten, nahm Coleman scharf aufs Korn. Sie betonte, daß gerade diese Tatsache die Hauptforderung ihres Wahlkampfes umso dringender macht: „JETZT REICHT'S! ES IST ZEIT FÜR EINE ARBEITERPARTEI!“

Colemans Kampagne richtete sich gegen beide Parteien der Bosse, Demokraten wie Republikaner. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten haben beachtliche Teile der amerikanischen Arbeiterklasse den Demokraten den Rücken gekehrt. Man braucht nur an den Antisowjetismus, die heuchlerische „Menschenrechts“-Kampagne, die aggressive

Aktivitäten der Arbeiter in den meisten Gebieten Bescheid. Walesa selbst beklagt sich — wozu schon ein gehöriges Maß an Chuzpe gehört — über den anarchischen Zustand der Gewerkschaftsbewegung im ganzen Land: „Wenn er (der Generalstreik) erst nächstes Jahr stattgefunden hätte, wären die Statuten fertig gewesen. Jetzt herrscht hier Chaos“ (*Los Angeles Times*, 7. Oktober).

Wo, wie in Gdansk, die neuen Gewerkschaften stark sind, werden Parteimitglieder zweifellos von der Bürokratie instruiert, ihnen beizutreten. Ein Teil der westlichen Presse berichtet, daß die Führer der „Solidarität“ versuchen, dem entgegenzutreten, indem sie PVAP-Mitglieder ausschließen oder sie zumindest nicht zu führenden Posten zulassen. In anderen Worten, die „unabhängigen“ Gewerkschaften in Polen hätten einen antikommunistischen „Unvereinbarkeitsbeschuß“. Falls das zutrifft (und es ist gut möglich, daß die bürgerliche Presse diesen Punkt verfälscht), wäre der grundlegende Charakter von „Solidarität“ der einer klerikalen, antikommunistischen Gewerkschaft.

Viele Dinge, was „Solidarität“ und ihre Beziehungen zu den alten staatlichen Gewerkschaften betrifft, sind verwirrend und unsicher, aber eines ist ganz klar: der starke Einfluß der katholischen Kirche vor allem bei den Gdanker Führern. Als Walesa zum ersten Mal nach der Unterzeichnung des Abkommens Gdansk verließ, fuhr er nach Warschau zu einer Privataudienz bei Kardinal Wyszynski. Die von außen agierenden Berater von „Solidarität“ setzen sich zusammen aus katholischen Aktivisten,

Fortgesetzt auf Seite 8



Workers Vanguard

imperialistische Außenpolitik zu denken, um zu sehen, wie effektiv die Demokraten die antisowjetische Hysterie schon hochgepeitscht hatten. Wen wundert es also, wenn jetzt tatsächlich ein antikommunistischer Fanatiker wie Reagan an die Regierung gekommen ist. Heute, wo die amerikanische Bevölkerung die Schnauze voll hat von der zweistelligen Inflation, den Massenentlassungen und der Sparpolitik, sprich der Carter-Ära, heute glauben viele, Reagan werde wenigstens das tun, was er sagt, während Carter doch nur von einer Panne zur anderen gestolpert ist. Die meisten haben jedoch einfach den Liberalismus der Demokraten satt.

Aber Reagan wird erfahren, wie unstabil sein „Mandat“ ist, wenn er die angekündigte Breitseite gegen die Arbeiterklasse eröffnet. Wenn es um Arbeitsplätze geht, werden die vielen Arbeiter, die in einer massiven Absage an die Carter-Administration für Reagan stimmten, erheblichen Widerstand leisten. Reagan will die Abschaffung der Mindestlohnbestimmungen, der tariflich gesicherten Löhne, der gewerkschaftlich erkämpften Sicherheitsbestimmungen, des Rechts auf Abtreibung. Er will weitere Kürzungen der ohnehin kläglichen und uneinheitlich zugänglichen Sozialleistungen und Steuersenkungen für die Kapitalisten.

## Diana Coleman — Sozialistische Arbeiterkandidatin

In diesem Kontext trug Diana Coleman ihren Wahlkampf direkt in die Arbeiterklasse hinein. Das eigentliche Rückgrat ihrer Wahlkampagne bildeten Gewerkschafter in der ILWU und CWA (der Hafen- und Telefonarbeiter-Gewerkschaft). Mitglieder der oppositionellen Fraktionen Militant Caucus (ILWU) und Militant Action Caucus (CWA) — beide werden von der SL/U.S. politisch unterstützt — mobilisierten Kollegen in den Gewerkschaften, die den Wahlkampf unterstützten und mit aufbauten. (Coleman war selbst langjähriges Mitglied des Militant Action Caucus.) In diesen Bereichen hatte die Kampagne wahrscheinlich die direkteste Wirkung auf die Arbeiter. Einerseits gab der Wahlkampf den militanten Gewerkschaftern die Gelegenheit, das eigene Programm für den Aufbau einer Arbeiterpartei konkret vorzutragen, andererseits konnte sich Coleman auf die Kämpfe dieser Militanten beziehen. Der Kampf beider Fraktionen zu den Gewerkschaftswahlen deckte sich weitgehend mit dem Wahlkampf Colemans und unterstrich die Notwendigkeit, die Gewerkschaften auf den Weg des Klassenkampfes zu führen, um so eine kämpferische Arbeiterbewegung zu schmieden.

Das amerikanische Proletariat braucht keine falschen Freunde in den Gewerkschaften, die nur noch mehr Verrat anzubieten haben. Es bedarf nicht einer Sackgassenpolitik wie der der SWP, deren Programm einer reformistischen Arbeiterpartei in der Forderung nach Umwandlung der Energiewirtschaft in „öffentliches Eigentum“ gipfelt. Diana Coleman hat gegen die von der KP/USA und der SWP verbreiteten parlamentarischen Illusionen gekämpft. Sie erklärte unermüdet, daß nur eine revolutionäre Arbeiterpartei, die an Streikpostenkettens, in den schwarzen und spanisch-sprechenden Ghettos kämpft, die Gesellschaft fundamental ändern kann.

Die internationale Spartacist Tendenz beteiligt sich nicht an Wahlen, um parlamentarische Spielchen mitzuspielen, sondern um für das trotzkistische Programm und den Aufbau der revolutionären Partei zu kämpfen. So gesehen war die Coleman-Kampagne ein sehr zufriedenstellender Erfolg. ■

st Georges Marchais zum „Kandidaten gegen Giscard“ geworden? Hat sich die französische KP, „die Partei der Arbeiterklasse“, endlich dazu durchgerungen, den Barre-Plan, die massive und anwachsende Arbeitslosigkeit, die Attacken und Ausweisungen von ausländischen Arbeitern und die scharfe Eskalation des faschistischen Terrors zu bekämpfen? Haben sich die Nachfolger von Maurice Thorez, „dem größten Stalinisten Frankreichs“, dazu entschlossen, eine eindeutige Position zur Verteidigung der Sowjetunion und der Errungenschaften der Oktoberrevolution gegen imperialistische Angriffe einzunehmen? Der gesamte Propaganda-Apparat der Kommunistischen Partei Frankreichs (KPF) hat sich ins Zeug gelegt, um ihre Wählerschaft davon zu überzeugen.

Die KPF hat auf die Sparmaßnahmen der Regierung und die neue Kalte-Kriegsatmosphäre aus defensiven Gründen mit einer bürokratischen Linksverschiebung reagiert. Georges Marchais, der Carters Papst in Paris willkommen hieß, der mithilfe, den Kampf der Stahlarbeiter gegen die Entlassungen zu sabotieren, verkündet auf einmal, daß die Volksfront nicht mehr zieht. Marchais' Kampagne ist vor allem eine Kampagne gegen Mitterrands SP. Die KPF sieht sich mit einer immer selbstsichereren SP konfrontiert, die von der stark wachsenden Rechtsentwicklung im internationalen politischen Klima profitiert und die KPF wegen ihrer Verbindung mit Moskau attackiert. Deshalb versucht die KPF, ihre Basis zu konsolidieren. Aus seinem eigenen bürokratischen Interesse und aus Solidarität mit der herrschenden sowjetischen Bürokratenkaste ist Marchais der einzige Kandidat, der die sowjetische Intervention in Afghanistan verteidigt hat, der Kandidat der einzigen Partei, welche, wie minimal auch immer, gegen die Mittelstreckenraketen, die auf die Sowjetunion zielen, mobilisiert hat. Die KPF hat wieder einmal ihre Klassenkampf-Rhetorik aus der Mottenkiste hervorgekramt; dazu gehören dann auch bürokratische und genau kontrollierte „Mobilisierungen“ gegen Giscard.

#### Nieder mit der „Einheit“ – Wählt KPF!

Wir sind nicht so naiv, zu glauben, daß das neu aufgelegte linke Gesicht mehr sei als eine fadenscheinige Maske. Die gegenwärtige Linie der KPF ist lediglich eine „unabhängige“ Taktik im Kontext ihrer historischen Rolle von eingefleischter klassenversöhnlicher Politik, kein Jota besser als die der Sozialdemokratie. Dennoch ermöglicht diese gegenwärtige Taktik, wo eine reformistische Arbeitermassenpartei in ihrem eigenen Namen kandidiert, das Aufbrechen von Widersprüchen, die innerhalb dieser Partei angelegt sind. Denn sie kann sich nicht damit herausreden, ihre bürgerlichen Blockpartner in den Wahlen beschwichtigen zu müssen.

Der springende Punkt ist die Tatsache, daß die KPF gegenwärtig unter ihrem eigenen Namen und gegen Blockpolitik kandidiert. Falls die KPF ihre Wahlkampagne auf dieser Basis weiterführen wird, wird die Ligue Trotskyste de France (LTF), französische Sektion der internationalen Spartacist Tendenz (iST), im kommenden April zu einer „ätzend kritischen Wahlunterstützung“ für Marchais aufrufen. Für Marchais zu stimmen, bedeutet nicht, den Streikbruch und die sozialchauvinistische Rolle dieses sta-



Le Bolchevik

George Marchais

linistischen Bürokraten und seiner „Kommunistischen“ Partei zu vergessen. Unsere Politik der kritischen Wahlunterstützung kann ein Vehikel sein, die Bürokraten vor ihrer Mitgliedschaft zu entlarven und die Basis gegen die Führung zu wenden. Sie hat nichts mit der unkritisch apolitischen Nachtrabpolitik der pseudotrotskistischen Gruppen gemein, die bei Lenins Vorstellung von kritischer Wahlunterstützung – „wie der Strick den Gehängten“ – eine Gänschhaut bekommen dürften. Zweifellos werden die französischen Pseudotrotskisten jetzt aufheulen, unsere Losung „Nieder mit der ‚Einheit‘ – Wählt KPF!“ sei sektiererisch. Sektiererisch? Fragt die zwei Millionen Mitglieder der CGT (des von der KPF dominierten Gewerkschaftsverbandes)!

In der heutigen Periode des imperialistischen Antiso-

## Frankreich:

# Warum Trotzkisten KPF wählen

wjetismus begrüßen wir es, einer moskautreuen Kommunistischen Partei kritische Wahlunterstützung geben zu können. Für uns ist das eine Gelegenheit, die trotzkistische Position der Verteidigung der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten stark hervorzuheben. Ganz im Gegensatz zu den Stalinisten, die vor allem *französische* Stalinisten bleiben und sowohl die kapitalistische Gesellschaft in Frankreich wie die französische imperialistische Militärmacht, die Force de Frappe, verteidigen. Dazu ZK-Mitglied Fitermann in seiner Rede auf der KPF-Konferenz im Oktober:

„Eine Politik der Blockfreiheit – ohne die Bündnisse aufzukündigen – würde Frankreich erlauben, mit seiner eigenen Stimme zu sprechen, in seinem eigenen Namen zu handeln und ebenso seinen Willen zu bekunden, sich von der Blockpolitik freizumachen und auf deren gleichzeitige Auflösung hinzuarbeiten“ (*L'Humanité*, 13. Oktober).

Das ist zwar nicht der proimperialistische „Atlantizismus“ eines Mitterrand oder dessen Rivalen Rocard, aber es ist sicherlich auch keine Verteidigung der Sowjetunion und des Warschauer Paktes gegen den Imperialismus. Formal gesehen ist es eine Politik des „Neutralismus“, die sehr an einen gewissen Charles de Gaulle erinnert – doch unterstützt Fitermann hier auch explizit die antisowjetischen „Bündnisse“ des französischen Imperialismus und stellt die KPF als eine geläuterte gaullistische Opposition zu Giscard dar. Fitermanns Geschwätz kann man nur insofern mildernde Umstände zubilligen, als die französische Bourgeoisie genau weiß, daß das alles ohnehin Blödsinn ist.

#### DKP: Menschewisten zweiten Aufgusses

Die Möglichkeit, der französischen KP eine ätzend kritische Wahlunterstützung zu geben, bietet uns noch einmal eine gute Gelegenheit zu erklären, warum Revolutionäre bei den letzten Bundestagswahlen der DKP keine Wahlunterstützung geben konnten. Die DKP segelt als „Westbüro“ der DDR-Bürokratie im Windschatten der SPD und deren Millionenanhänger. Trotz ihrer ungeliebten Waisenknabenrolle drängen auch bei dieser Wahl die Volksfrontgelüste aus allen Poren bis zur Selbstverleugnung. Die DKP führte ihren „unabhängigen“ Wahlkampf rein *formal*, mangels Angebot. In Wirklichkeit beteiligte sie sich als der entschiedenste *externe* Partner an der Anti-Strauß-Volksfront zur Rettung der sozialliberalen Koalition. Erst kurz vor der Wahl, als der Sieg der Koalition schon feststand, versuchte die DKP noch ein bißchen für sich selbst Kapital zu schlagen.

Gegenüber der SPD versucht sich die DKP nur als die kosequentesten Reformisten und Verteidiger der „FDGO“ und der antikommunistischen Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu profilieren, sie sind lediglich die Menschewisten des zweiten Aufgusses. Im geteilten Deutschland verbindet die Bourgeoisie die Entspannungspolitik als eine Taktik mit gleichzeitiger antikommunistischer Hetze gegen die DDR im Rahmen ihrer Strategie für die kapitalistische Wiedereroberung der deformierten Arbeiterstaaten. Statt der Bourgeoisie die Arbeiterklasse durch eine resolute Verteidigung der DDR als ein Potential für die imperialistischen Restaurationsgelüste zu entziehen, treibt die DKP die Arbeiter mit ihrem

Verkauf der Entspannungspolitik als Strategie zur Erhaltung der DDR nur in die Hände der SPD und deren bürgerlichen Blockpartnern. Die „friedliche Koexistenz“ ist die friedliche Koexistenz mit dem BRD-Imperialismus und dessen Motto: Entspannung und Geschäfte heute, Mittelstreckenraketen auf Ostberlin morgen. Nur die TLD kämpft gegen die Entspannungssillusionen mit unserer Losung: „Soziale Revolution im Westen, politisch proletarische Revolution im Osten! Für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands!“

#### Proletarischer Internationalismus kontra Sozialpatriotismus

Die Stalinisten stehen wie seit der Zeit der Volksfront in den dreißiger Jahren für den „Sozialismus in den Farben der Trikolore“. Marx dagegen schrieb: „Die Arbeiter haben kein Vaterland“. Die Tatsache, daß die KPF von Zeit zu Zeit bei entsprechender Wetterlage eine etwas militantere, anti-imperialistischere Klassenkampf-Rhetorik von sich gegeben, die *Großbourgeoisie* angegriffen und zur Verteidigung der Sowjetunion aufgerufen hat, all das hat wenig mit wirklichem proletarischem Internationalismus zu tun. Die Arbeiterklasse braucht verlässliche Internationalisten in der Tradition von Marx, Lenin und Trotzki. Nehmen wir die Concorde als Beispiel. Die KPF war für die Concorde – in Frankreich. Als unsere Tendenz sich scharf gegen den Anti-Concorde-Protektionismus der amerikanischen Bourgeoisie wandte, stellte unsere amerikanische Sektion die Losung auf: „Laßt die Concorde auf dem New Yorker Kennedy-Flughafen landen!“ Welche Position würde die KPF zu einem *amerikanischen* Überschallflugzeug haben? Selbstverständlich ist die KPF gegen den deutschen Leopard-Panzer ... aber für die Force de frappe in den Farben der Trikolore.

Die ätzende Kritik unserer Wahlunterstützung richtet sich vor allem gegen den notorischen antideutschen Chauvinismus der KPF, der von „jedem sein *boche*“ während der Befreiung bis zu den Angriffen auf deutsche Stahlimporte 1979 reicht. Heute macht sich die KPF „lediglich“ für den Slogan „produziert französisch!“ stark, aber nach dem Krieg hielten KPF-Minister in der Regierung die „Französische Union“ aufrecht, was die Massaker von Setif in Algerien und Madagaskar bedeutete. Eine Politik also nach dem Motto: „Tötet französisch!“

Ökonomischer Nationalismus und Protektionismus führen zu Kriegen zwischen imperialistischen Mächten. Revolu-

## LE BOLSCHEVIK

Journal de la Ligue trotskyste de France  
Tendance spartaciste internationale

Abonnement (6 numéros) DM 10,-

Zu beziehen über:

Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/M. 1  
Pschk. Ffm 119 88-601 (W. Hohmann)

tionäre lehnen es ab, das Schicksal der Arbeiterklasse an imperialistische Profiteure zu fesseln. So besteht ein himmelweiter Unterschied – der Unterschied zwischen imperialistischem Krieg und proletarischer Revolution – zwischen unserer kritischen Wahlunterstützung für Marchais und der Forderung nach „Einheit“ der reformistischen Arbeiterparteien und ihrer Apparate, so wie es die pseudotrotzkistische Organisation Communiste Internationaliste (OCI) und Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR) fordern. Sie fesseln die Arbeiter nur an ihre verräterische Führung und letztendlich an die Heilige Einheit der nationalen Verteidigung.

### KPF: Totengräber der Revolution

Während sie ihre Mitgliedschaft für den Wahlkampf rüsten, fühlen sich die Stalinisten verpflichtet, Themen aufzugreifen, die noch bis vor kurzem tabu waren. Darunter befindet sich bemerkenswerterweise diejenige Position, die die stalinistische Politik seit etwa 45 Jahren dominiert hat: die Volksfront. Die KPF-Konferenz sparte nicht mit Kritik, ja sogar Verurteilung der Volksfrontpolitik. So stellte Henri Malberg fest, daß dreimal, mit der Volksfront in den dreißiger Jahren, nach der Befreiung und mit dem gemeinsamen Programm der Union de la Gauche „die Union zwischen KP und SP, obwohl mit Jubelgeschrei geboren, übel geendet hat“ (*Le Monde*, 14. Oktober).

Es stimmt. Dreimal hat es die KPF mit der Volksfront versucht, dreimal hat (wie ihre gegenwärtigen Führer zugeben) die Bourgeoisie gewonnen. Seit 50 Jahren sind die Stalinisten die Totengräber der Revolution. Die KPF hat sklavisch jedes Geschwätz, das aus dem Mund jedwedes Kremlbürokraten gekommen ist, nachgebetet. Als Thorez 1936 erklärte, „es ist notwendig zu wissen, wie man einen Streik beendet“, handelte er mit der ausdrücklichen Perspektive, den Kapitalisten eine Atempause zu geben, um deren Macht gegen die Arbeiterklasse zu konsolidieren. Im Jahre 1939, als Trotzki von Stalin als „Hitlers Quartiermeister“ sprach, bejubelte die KPF den Hitler-Stalin-Pakt als einen Dienst „an der Sache des Friedens in Europa“ (*L'Humanité*, 23. August 1939).

In Spanien wandte sich Stalin ausdrücklich gegen eine revolutionäre Politik und forderte „Demokratie jetzt, Revolution später“ (d. h. nie). Führende Stalinisten wie André Marty waren stolz auf ihre Rolle bei der Ermordung von Trotzki und Linken in Spanien. Die KPF hat niemals geäußert, daß sie bei dem „Verschwinden“ (sprich: der Ermordung) von Blasco, einem Führer der Vierten Internationale, ihre Hände im Spiel hatte, nachdem er zusammen mit einer Gruppe von Stalinisten während des Zweiten Weltkriegs aus einem Gefängnis ausgebrochen war. An den Händen von Marchais klebt nicht nur das Blut der Linken Opposition und anderer „Alter Bolschewiki“ bei ihrer systematischen Auslöschung in der Sowjetunion und das der zahllosen ermordeten trotzkistischen Militanten in Europa, Vietnam usw. Die Stalinisten weigerten sich, die Arbeiterklasse gegen Hitlers Machtergreifung zu vereinen und gingen stattdessen in Spanien, Frankreich usw. in der Volksfront einen Block mit der Bourgeoisie ein, um den Willen der Arbeiter, gegen den Kapitalismus zu kämpfen, zu brechen. Dadurch trägt der Stalinismus, der „große Organisator der Niederlagen“ die Mitverantwortung für den Blutterror des Faschismus und des Weltkriegs.

### Verteidigt die Sowjetunion: Für politische Revolution!

Die Bürokratie untergräbt auch die Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution in ihrem eigenen „Vaterland“. Die unermesslichen Leiden des sowjetischen Volkes im Zweiten Weltkrieg (20 Millionen Tote) waren teilweise ein Ergebnis der Politik Stalins: die blutigen Säuberungen beraubten die Rote Armee kurz vor dem Beginn des Krieges ihrer Führung. Stalin weigerte sich, nach Informationen über den bevorstehenden deutschen Angriff auf die UdSSR zu handeln. Diese Informationen waren von Kommunisten wie Trepper und Sorge beschafft worden, die jahrzehntelang ihr Leben als heroische sowjetische Spione riskierten.

Heute hat die Unterdrückung, die ökonomische Mißwirtschaft und bürokratische Ungleichheit in Polen dazu geführt, daß alle Teile der Bevölkerung abgestoßen sind. Wenn die Dissidentenbewegung von den Todfeinden der Arbeiterbewegung – den kapitalistischen Revanchisten, Imperialismus und Vatikan – dominiert zu sein scheint, so ist dies dem Stalinismus zu verdanken, der die Ideale des Kommunismus in den Schmutz gezogen, den vergiftenden Nationalismus und Anti-Semitismus eifrig gefördert und das Land in die Schuld der deutschen Bankiers getrieben hat. Heute scheinen weite Teile der Bevölkerung bereit zu sein, die vergesellschafteten Eigentumsformen hinwegzufegen, nur um die Bürokratie loszuwerden. Dies wäre eine historische Niederlage für die Arbeiter in Polen und der ganzen Welt. Die Forderung der Trotzkiisten nach der revolutionären Verteidigung heißt Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution durch die politische Revolution zum Sturz der Bürokratie und zur Errichtung einer Sowjetdemokratie.

Der Stalinismus wird zum Teil durch die Verschärfung der internen Widersprüche hinweggefegt werden. Der dem

Stalinismus innewohnende Widerspruch ist nicht nur der, der allen bürgerlichen Arbeiterparteien zugrunde liegt, nämlich zwischen den Forderungen der Arbeiterbasis und Klassenkollaboration und Ausverkauf der Führung, die letztendlich als Handlanger der Bourgeoisie in deren Niedergangsperiode dient. Die Existenz des Stalinismus, die passende Ideologie einer bürokratischen Kaste, die den russischen Arbeitern die politische Macht entriß, war die Reflexion auf den Druck des Imperialismus auf den ersten Arbeiterstaat, der nach der Niederlage der deutschen Revolution völlig isoliert war. Der Stalinismus entstand als die Ideologie des Sozialismus in einem Land, zugeschnitten auf eine parasitäre, nationalistische privilegierte Bürokratenkaste. Ihr Überleben ist von einem Gleichgewicht zwischen den deformierten Arbeiterstaaten und dem Imperialismus auf Weltebene abhängig. Ein proletarischer Aufstand, der den Kapitalismus in den entwickelten kapitalistischen Ländern zerschlägt, wird ebenfalls mit den bürokratischen Regimen abrechnen, die im Widerspruch zu den kollektivierten, d. h. proletarischen Eigentumsformen dieser Staaten existieren.

### Eurokommunisten: Schafe im Schafspelz

Jede reformistische Arbeiterpartei verkörpert den Widerspruch zwischen der reformistischen Führung und ihrer Arbeiterbasis. Das trifft nicht nur auf die KPF zu, die den



Die Volksfront in Frankreich 1936: Patriot Thorez mit blau-weiß-roter Schärpe

bürgerlichen Staat in Regierungskoalitionen, offiziell oder inoffiziell, gestützt hat. Dasselbe gilt auch für die sozialdemokratischen Parteien, die die gekauften Verwalter kapitalistischer Regierungen gewesen sind, z. B. die britische Labour Party oder die SPD. Heute kandidiert die SP mit einer Politik des Antisowjetismus und für eine neue Volksfront – vielleicht durch Chiracs Gaullisten erweitert. Deshalb ist es für Revolutionäre unmöglich, zu einer Stimmabgabe für die SP aufzurufen. Trotz ihrer gegenwärtigen unabhängigen Pose unterscheidet sich die KPF nicht sehr von diesen offenen rechten bzw. mehr Pro-USA-Parteien.

Der Unterschied zwischen ihnen ist die gegenwärtige Unversöhnlichkeit der Bourgeoisie gegenüber Parteien, die mit Moskau verbunden sind. Die Gaullisten und Giscardisten sind zwar gerne bereit, mit den Führern der SP zu dinieren, aber die Bourgeoisie ist gegenwärtig entschiedener Gegner der Möglichkeit einer Korridor-Koalition mit der KP. Als Marchais Carillo hinterherließ und auf die Diktatur des Proletariats „verzichtete“, hatte das die gleiche Bedeutung wie die Auflösung der Komintern durch Stalin. (Die KPF hat allerdings dieselbe Beziehung zur Diktatur des Proletariats wie die Stalinisten zum Internationalismus, das heißt, keine.) So wie die Auflösung der Kommunistischen Internationale eine Geste der Beschwichtigung gegenüber den „demokratischen“ Bourgeoisien war, so stellte der formale Verzicht auf die leninistische Phraseologie, in der Praxis schon längst aufgegeben, einen Annäherungsversuch an die herrschende Klasse dar. Aber im jetzigen Klima der antisowjetischen Hetze ist die Bourgeoisie nicht mehr in der Stimmung zuzuhören. Das wollen die Eurokommunisten nicht wahrhaben.

Mit der sich schnell verschärfenden Polarisierung zwischen den Eurokommunisten und dem Rest der KPF, nachdem sich Marchais den „Harten“ angeschlossen hat, ist eine Spaltung der KPF (z. B. über eine sowjetische Invasion in Polen) nicht ausgeschlossen. Die Situation schreit nach einer trotzkistischen Partei, die in der Lage ist, mit dem Ziel der Verschärfung der Widersprüche in der KPF zu intervenieren, sie durch das aggressive Hineintragen eines klaren Klassenkampf-Programms zu polarisieren und letztlich zu spalten, die verräterische Führung zu entlarven und die besten Elemente für den authentischen Leninismus zu gewinnen.

### Kommunistische Arbeiter: Nagelt Marchais auf seinen Erklärungen gegen die Volksfront fest

Das sind die Themen – Volksfront, Verteidigung der Sowjetunion – die die gegenwärtigen politischen Umstände

zu einem klassischen Beispiel machen, wo die *Taktik* (nicht Strategie) der kritischen Wahlunterstützung angewendet werden kann. Heute ist Marchais gegen die Volksfront und für die Sowjetunion. Morgen, wer weiß?

Die jetzige Situation erinnert an Trotzki's Aufruf an die amerikanische Socialist Workers Party (SWP), dem Kandidaten der amerikanischen KP, Browder, kritische Wahlunterstützung anzubieten, als die Komintern in der kurzen Periode von 1939/40, während des Stalin-Hitler-Pakts, nicht die imperialistischen Demokratien und Roosevelt usw. unterstützte.

„Ich schlage ein Manifest an die stalinistischen Arbeiter vor, worin gesagt wird, seit fünf Jahren seid ihr für Roosevelt gewesen. Jetzt habt ihr eure Position geändert. Diese Wende geht in die richtige Richtung. Werdet ihr diese Politik ausbauen und mit ihr fortfahren oder nicht? Werdet ihr eure Führer sie ändern lassen oder nicht? Werdet ihr weiter fortfahren, sie auszubauen oder nicht? Wenn ihr daran festhaltet, werden wir euch unterstützen. In diesem Manifest können wir sagen, wenn ihr euren Kandidaten auf ein klares Programm festlegt, werden wir für ihn stimmen.“ („Discussions with Trotsky“, *Writings 1939–40*)

Mit dieser Einstellung wirft die LTF heute die Frage der Unterstützung der KPF auf. Unsere Wahlunterstützung

wird, wie Lenin vorschlug, wie der Strick den Gehängten „unterstützen“.

Marchais, wenn er von Karten auf den Tisch redet, hob hervor, daß, obwohl SP-Führer Mitterrand der ewige Kandidat der Linksunion gewesen war, der rechte Flügel immer an der Macht geblieben ist:

„Konsequenterweise werden wir nicht mehr wie die Papageien wiederholen: Einheit, Einheit, Einheit ... Wahlen, Einheit, Wahlen. Wir haben gründlich nachgedacht und wir sagen: nachdem wir über diesen Weg keinen Erfolg gehabt haben, müssen wir einen anderen Weg finden ...“ (*Le Monde*, 15. Oktober).

Einheit ist zum Codewort für die Wiedererrichtung der brachliegenden Volksfront der Linksunion geworden. Es ist eine niederschmetternde Verurteilung der pseudotrotzkistischen Gruppen LCR und OCI, daß sie die lautesten aller Papageien waren, die Einheit, Einheit, Einheit krächzten.

### Verrat macht sich nicht bezahlt

Die Stalinophobie der reformistischen Organisation Communiste Internationaliste (OCI) von Pierre Lambert, die in Portugal klar zum Ausdruck kam, richtet sich ganz offensichtlich an die rückständigsten Teile der Arbeiterklasse. Die OCI steht sogar noch rechts von der KPF, wenn diese die Sozialisten angreift, um das eigene Gesicht zu retten.

Als nämlich KP-Büros vom antikommunistischen Mob in Portugal niedergebrannt wurden, fiel die OCI in den Chor der vom CIA unterstützten portugiesischen SP ein und begrüßte diese Angriffe als Teil eines Kampfes für „Demokratie“! Kein Wunder also, daß unsere Genossen der Ligue Trotskyste de France (LTF) beim Verkauf ihrer Zeitung mit der Überschrift „Hoch die Rote Armee!“ stalinistischen Arbeitern begegneten, die uns sagten: „Ich wußte nicht, daß Trotzkiisten die Sowjetunion verteidigen.“

Und die Rechtzentristen der Ligue Communiste Révolutionnaire (LCR) sind kaum besser. Während die Lambertisten eine Wahlkampagne für eine inhaltsleere „Einheit“ unter der Rubrik eines „Einheitskandidaten“ durchführen, tragt die LCR mit ihren Aufrufen nach „Rücktritt von der Kandidatur“ in der zweiten Runde (désistement) hinterher. Wahrlich Jacke wie Hose. Die LCR hat über programmatische Kriterien für die proletarische Einheit nicht mehr als die OCI zu sagen, und sie führt tatsächlich die gleiche Kampagne für den Wiederaufbau der Union de la Gauche durch – natürlich im Namen einer „Jagd auf Gis-

Fortgesetzt auf Seite 8

## KPF...

Fortsetzung von Seite 7

card". Während die OCI in ihrer stalinophoben Denunziation des Kreml-„Expansionismus“ in Afghanistan mit der SP konkurriert, stellt die LCR dem nur Duckmäuserei und Konfusion entgegen, wobei sie (meistens) gerade noch vor einem Aufruf für den Abzug der Truppen zurückschreckt. Im Fall Polen laufen beide „bedingungslos“ den nationalistischen Dissidenten hinterher – mit anderen Worten ohne irgendwelche dogmatischen Bedenken über solche Dinge wie beispielsweise die Erhaltung der nationalisierten Eigentumsformen. Die Vorstellung, daß eine dieser Formationen jemals überzeugend an die Mitgliedschaft der KPF appellieren könnte, „auf den Weg Lenins zurückzukehren“, ist einfach lächerlich.

Am 30. Oktober hat LCR-Superstar Alain Krivine in der Mutualité bewiesen, daß er die Fähigkeit, linke Sprüche zu klopfen, nicht verloren hat. Unter dem Beifall seiner Genossen nahm er den Sozialchauvinismus der KPF, ihre Appelle an den Staat, mit den Faschisten fertig zu werden, usw. aufs Korn. Er erwähnte sogar die „Volksfrontpolitik“! Jedoch sollten sich die Genossen der LCR fragen, wo die ganzen schönen Worte waren, als ein Interview mit Krivine auf der Titelseite von *Le Monde* erschien.

Wenn es jemals leicht und billig war, gegen die Volksfront zu sein, wäre das heute der Fall! Sogar die spanische POUM konnte in den dreißiger Jahren gegen die Volksfront toben – solange keine existierte. Aber nicht so die LCR. Die Wiedergeburt Krivines als Linker in der Mutualité erinnerte an nichts so sehr wie an einen alten Sozialdemokraten, der am 1. Mai vom Sozialismus redet, nur um am folgenden Morgen wieder zur „praktischen“ (sprich reformistischen) Politik zurückzukehren. Der Krivine in *Le Monde* und der Krivine in der Mutualité verkörpern nichts anderes als ein Minimal-Maximal-Programm à la LCR.

Die LCR hat wirklich keine Perspektiven. Sie setzte auf die Sozialdemokratisierung der KPF nach dem Muster der „eurokommunistischen“ Modelle in Spanien und Italien und begrüßte „eurokommunistische“ Strömungen in der KPF als einen heilsamen Druck zur „Demokratisierung“ der stalinistischen Parteien. Die Pabloisten machten diesen Strömungen den Hof und unterstützten dabei auf krieche- rischste Weise jeden einzelnen „Dissidenten“ in der Sowjet-

union und Osteuropa – und zwar nicht nur die prosozialistischen Kritiker der stalinistischen Repression, sondern auch diejenigen, deren Appelle an den „demokratischen Westen“ den Glauben an die reaktionärsten obskuranten Ideologien bezeugten und Aufrufe zur wirtschaftlichen Erpressung durch die Imperialisten einschlossen.

Typischerweise erhielt der Versuch der Pabloisten, gemeinsame Sache mit den „Eurokommunisten“ zu machen, seine „theoretische“ Rechtfertigung durch eine ausführliche Schrift mit dem Titel „Sozialistische Demokratie und die Diktatur des Proletariats“, verfaßt von keinem Geringeren als Ernest Mandel selbst. Dieses Meisterwerk ist eine allumfassende Revision des trotzkistischen Programms der Sowjetdemokratie, die ihres Klasseninhalts beraubt ist, umgemodelt zu einer Art Parlamentarismus auf Massenbasis, der proletarische und bürgerliche Parteien umfaßt.

Sich an die „Eurokommunisten“ zu wenden, war vom Standpunkt der Volksfrontpolitik der LCR völlig logisch. Wenn die wichtigste „revolutionäre“ Losung die Notwendigkeit der „Einheit“ zwischen SP und KP um jeden Preis ist, dann kann die Sozialdemokratisierung der stalinistischen Parteien natürlich nur einen Schritt vorwärts für die Arbeiterklasse bedeuten. Es ist für die LCR belanglos, daß ein solcher Kurs für die stalinistischen Parteien nichts Anderes als ein Annäherungsversuch an die „eigene“ Bourgeoisie ist. Sie wollen ihr erneut versichern, daß die KP im Falle eines Konflikts zwischen dem Imperialismus und der UdSSR keine Loyalitätsprobleme haben würde.

Die praktischen Resultate der „Einheit-Einheit“-Politik der LCR sind, daß sie immer weniger Leute hinter dem eigenen Parteibanner vereinigen kann. Da ihre Kampagne für den „Rücktritt von der Kandidatur“ von der Politik der „strategischen Einheitsfront“ der OCI im wesentlichen nicht zu unterscheiden ist, nährt die LCR lambertistische Strömungen in den eigenen Reihen. Zuerst spaltete sich die Ligue Communiste Internationaliste ab, die sofort ihren formal links-zentristischen Anspruch Lügen strafte und mit Volldampf in Richtung OCI marschierte, um schließlich weniger als ein Jahr später mit ihr zu fusionieren. Nun hört man die Anhänger Mattis murmeln, die OCI sei „revolutionär“. Man braucht keine Kristallkugel, um vorauszusehen, daß die LCR weiterhin für die OCI Ader lassen wird, solange beide im Grunde die gleiche sozialdemokratische Linie vertreten. Der Hauptunterschied liegt darin, daß die Lambertisten nicht nur etwas konsequenter,

sondern auch größer sind.

Im heutigen Frankreich, das von einer wirtschaftlichen Krise, kapitalistischer „Austerität“ und dem Wiederaufleben faschistischer Terrorgruppen heimgesucht wird, sind die objektiven Bedingungen für die sozialistische Revolution nicht nur reif, sondern überreif. Und wieder einmal steht dem die Krise der proletarischen Führung im Wege. Der Würgegriff des stalinistischen und sozialdemokratischen Reformismus um die französische Arbeiterklasse wird niemals durch leere Reden über die „Einheit“ gebrochen werden. Nur ein klares Klassenprogramm kann die Arbeiterklasse vereinigen, indem sie vom Sozialchauvinismus und der Rückständigkeit gebrochen wird, die die verschiedenen Schichten der Arbeiterklasse in sektoraler Weise bei Teilkämpfen gegeneinander ausspielen. Nur eine revolutionäre, proletarische, internationalistische Avantgarde kann die Arbeiterklasse im Kampf um ihre wirklichen Interessen vorwärts führen und hinter dem proletarischen Klassenbanner alle Unterdrückten und Ausgebeuteten vereinigen.

- KP-Arbeiter: 1936, 1945, 1972! Ja, dreimal ist genug! Zieht eure Führung zur Verantwortung. Bereitet Euch darauf vor, Versuche eurer Führung, eine neue Volksfront zu bilden, zu bekämpfen!
- Im Wahlkampf muß es heißen: Klasse gegen Klasse!
- Keine Stimme für die Sozialistische Partei, der offensten Vertreterin für die Unterordnung der Arbeiterklasse unter die Bourgeoisie!
- Nieder mit der Losung des „Rücktritts des Einheitskandidaten“ und den anderen nostalgischen Losungen für die Volksfront der Union de la Gauche!
- Nieder mit der NATO! Verteidigt die UdSSR und alle deformierten Arbeiterstaaten gegen den Imperialismus! Für die proletarische politische Revolution gegen den Stalinismus!
- Für die Einheit der Arbeiterklasse auf einem Klassenkampfprogramm, Trotzki's Übergangsprogramm des unerbittlichen Kampfes gegen den Kapitalismus!
- Für die internationale proletarische Solidarität!
- Für eine Arbeiterregierung in Frankreich!
- Zurück zu Lenin!
- Für eine trotzkistische Partei und die Wiedergeburt der Vierten Internationale!

Nach *Le Bolchévik* Nr. 20, November 1980

## Polen...

Fortsetzung von Seite 5

vor allem von der ZNAK-Gruppe, dem halboffiziellen politischen Organ der Kirche. Polens bekanntester Sozialdemokrat, Jacek Kuron, wurde als einer der „Solidaritäts“-Berater abgelehnt. Zur Zeit ist Kuron so etwas wie eine Persona non grata in Gdansk. Spekulationen bürgerlicher Journalisten zufolge deshalb, weil der Führer des dissidenten „Komitees für soziale Selbstverteidigung“ (KOR) eine zu kontroverse Person und ein leichtes Angriffsziel für das Regime ist. Eine plausiblere Erklärung ist die, daß eine Art von laizistischer Sozialdemokratie, Marke Kuron, wenig Unterstützung unter den Organisatoren der „Solidarität“ findet.

Zwischen den Protesten und Streiks vom Juli 1976 und dem Beginn des Generalstreiks an der Ostseeküste im August hat das KOR praktisch eine Art Kundschafterrolle für die katholische Hierarchie gespielt, indem es testete, wie weit die Feindseligkeit des Regimes gegenüber unabhängiger Arbeiteragitation gehen würde. Im wesentlichen diente Kuron als ein Vermittler zwischen dissidenten katholischen Arbeitern wie Walesa und Anna Walentynowicz und der Kirchenführung, vor allem den ZNAK-Leuten. Aber wer braucht Kuron jetzt, wo Walesa und Wyszynski direkt miteinander konferieren können und es auch tun?

Der Einfluß der Kirche ist so offensichtlich, daß Walesa es für nötig hält, zu leugnen, daß er eine Gewerkschaft ausschließlich nur für Katholiken organisieren: „Ich will keine Gewerkschaften der Kirche schaffen“ (*Wall Street Journal*, 22. September). Daß Walesa sich genötigt sieht, solch eine Erklärung abzugeben, zeigt an, daß es viele polnische Arbeiter gibt, die eine von der herrschenden stalinistischen Bürokratie unabhängige Gewerkschaft wollen, aber nicht eine, die den Arm von Wyszynskis Episkopat in der Arbeiterklasse darstellt. Die schlesischen Minenarbeiter zum Beispiel, traditionell eine solide proletarische Basis des polnischen Kommunismus, wollen wohl kaum eine Gewerkschaft, die vor Kardinal und Papst niederkniet.

Aber solange solche klerikal-nationalistischen wie Walesa die neuen Gewerkschaften führen, steht die Gefahr der Unterordnung unter die konterrevolutionären Ziele der katholischen Hierarchie und dem dahinter stehenden westlichen Imperialismus auf der Tagesordnung. Wie wir zum Zeitpunkt des Gdansk-Abkommens schrieben:

„Eine zentrale Aufgabe für eine trotzkistische Organisation in Polen bestünde darin, in diesen Gewerkschaften eine Reihe von Forderungen zu erheben, die die klerikal-nationalistischen Elemente unter den Ar-

beitern *abspalten* und sie aussondern würden. Diese Gewerkschaften müssen die vergesellschafteten Produktionsmittel und die proletarische Staatsmacht gegen den Imperialismus verteidigen“ (*Spartakist* Nr. 32, September 1980).

### Die Partei liegt in Trümmern

„Der Apparat ist vor Furcht erstarrt. Die Basis steht unter ungeheurem Druck. Und die Führung dreht sich in typisch kannibalistischer Manier um sich selbst.“ So beschrieb ein polnischer Schriftsteller mit „guten Beziehungen“ die momentane Lage gegenüber einem Redakteur der *New York Times* (8. September). In jüngster Zeit berichtet *Le Monde*, das Politbüro sei praktisch 50 zu 50 gespalten, im Zentralkomitee dagegen sei eine überwältigende Mehrheit für eine harte Linie gegenüber den Gewerkschaften.

Es war vorauszusehen, daß Gierek für das schwere ökonomische Mismanagement, das die Arbeiter gegen das Regime in Bewegung gesetzt hat, über die Klinge springen würde. Aber während Gierek eine glaubwürdige und sogar in gewisser Weise populäre Figur abgegeben hat, als er während der Arbeiter-Explosion 1970 Gomulka ablöste, ist Stanislaw Kania ein anonymer *Apparatschik*, wie er im Buche steht. „Wer zum Teufel ist der?“ war die typische Reaktion auf Giereks Nachfolger als Sekretär der PVAP. Und Kania's ehemalige Funktion als Chef des Sicherheitsdienstes macht ihn wohl kaum beliebt in den Augen polnischer Arbeiter.

Die polnische stalinistische Bürokratie kann keine Führer mehr aufweisen, die die Massen respektieren und von denen sie glauben, es seien ehrliche Reformer. Höchstens noch kümmert man sich darum, ob es sich um „Hardliner“ handelt, die die Oberhand gewinnen, oder „gemäßigte“ Apparatschiks, die auf Druck von unten Konzessionen machen.

In einem Versuch, sich wieder eine saubere Weste zuzulegen, hat das Regime den Sturz von Maciej Szczepanski, dem Chef des staatlichen Fernsehens und Rundfunks und Gehilfen Giereks, bekanntgegeben. Es scheint, daß der Lebensstil von Genossen Szczepanski direkt an gewisse Figuren aus Simmel-Romanen erinnert. Dieser „sozialistische“ Medienzar erfreute sich zehn üppiger Residenzen, eine davon an der Küste von Griechenland. Jetzt wird er gekreuzigt, da er den Puritanismus des katholischen Polens vor den Kopf gestoßen hat (nach Papst Wojtyla ist bereits ein Mann, der seine Frau begehrt ansieht, ein Ehebrecher); und man macht großes Aufsehen über Szczepanski's Sammlung von 900 Porno-Videokassetten. Da er nicht nur passiver Beobachter bleiben wollte, hielt er sich angeblich auch

einen Harem. Während uns Marxisten seine sexuellen Eskapaden wenig berühren, so tun es allerdings um so mehr seine finanziellen. Er besaß Aktien von österreichischen Firmen, hatte 1 Million Dollar auf einem Londoner Bankkonto usw. Szczepanski ist im wahrsten Sinne des Wortes Repräsentant der kapitalistisch-restaurativen Elemente innerhalb der polnischen stalinistischen Bürokratie.

Der vielleicht am wenigsten erwartete und ominöseste Aspekt der momentanen tiefen Erschütterungen ist das Wiederauftauchen von General Mieczyslaw Moczar, einem extremen Nationalisten, der die dreckige antisemitische Kampagne von 1968 auf dem Gewissen hat. Trotzki dachte an Typen wie Moczar, als er davon sprach, daß ein Flügel der stalinistischen Bürokratie zum Faschismus überlaufen kann. Vielleicht denken einige Elemente der Bürokratie, daß dieser stalinistische Mochteger-Pilsudski als Nationalist effektiv mit Wyszynski/Walesa konkurrieren kann. Wenn das zutrifft, dann spielen sie wahrlich ein gefährliches Spiel.

Das stalinistische Regime in Polen wurde für den Moment nicht nur gezwungen, unabhängige Gewerkschaften zu dulden, sondern fraktionelle und cliquistische Kämpfe im Inneren zerstören seine Effizienz als bürokratischer Apparat. Die Tatsache, daß ihre Warschauer Ebenbilder anscheinend die Kontrolle über die polnische Gesellschaft verloren haben, versetzt Breschnjew, Honecker & Co. in Panik.

Die polnischen Stalinisten versuchen, ihre Massen mit  
Fortgesetzt auf Seite 11

ABONNIERT!

# SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS

herausgegeben von der  
Trotzkistischen Liga Deutschlands – Sektion  
der internationalen Spartacist Tendenz

Abonnement (8 Nummern) 8,50 DM  
Überseeabonnement (Luftpost) 10,- DM  
einschließlich SPARTACIST, theoretisches  
Organ der internationalen Spartacist  
Tendenz (deutsche Ausgabe)

zu beziehen über:  
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/Main 1  
Pschk. Ffm 119 88-601 (W. Hohmann)



# Brief an den Frankfurter Spartacusbund

Frankfurt/Main  
14. November 1980

Genossen!

Kürzlich hat eine Genossin von Euch hier in Frankfurt uns gegenüber zugestehen müssen, daß der Spartacusbund auf zwei verschiedenen Seiten in dem dreieckigen Iran-Irak-Krieg stünde – die Frankfurter Gruppe auf der gleichen Seite wie die TLD, eine andere Gruppierung (angeführt von der österreichischen IKL) auf der Seite des persischen Chauvinismus. Dies wirft ein Schlaglicht auf den Charakter der fusionierten Spartacusbund/IKL. In einem sehr konkreten Sinne ist es nicht das erste Mal, daß Genossen des Spartacusbundes sich bei einem entscheidenden politischen Test auf zwei Seiten der Barrikaden befunden haben: als Maoisten und islamische Reaktionäre am 25. Januar mehrere Genossen der TLD verletzt und Fred Zierenberg fast getötet haben, weil wir die militärische Intervention der Sowjetunion in Afghanistan gegen die feudalen Stammesfürsten und die islamische Reaktion verteidigten, wurden wir von Genossen des Spartacusbundes in Frankfurt (auch physisch) verteidigt. Die Berliner Ortsgruppe des Spartacusbundes dagegen lehnte Absprachen mit uns zur Verteidigung der Arbeiterdemokratie kategorisch ab.

Aber gerade Afghanistan, Iran sowie die Entwicklungen in Polen sind *entscheidende* Herausforderungen für Leninisten. Und diese Ereignisse haben erneut den Bankrott der Politik gezeigt, die vornehmlich von der IKL-Clique um Heinrich und Marianne bestimmt wird. Zu Afghanistan blockten Eure Genossen in Berlin und Wien mit den Feudalkhanen und Mullahs (Titel einer IKL-Veranstaltung vom 6. November: „Afghanistan – Bald ein Jahr Besetzung und ein Jahr Widerstand!“), stellten sie die bürgerlich-demokratische nationale Frage über die soziale Frage der Zerstörung feudaler Überreste, über die Frage von Landreform, über den Kampf für die Befreiung der Frauen und – nicht zuletzt – über die Frage der Verteidigung der Sowjetunion in einem Krieg, der vom Imperialismus zur Verstärkung seiner Hetze gegen den degenerierten Arbeiterstaat Sowjetunion international ausgenutzt worden ist.

In Polen sah die IKL nur einen revolutionären „Prozeß“, der die Bewegung in Polen ohne revolutionäre Führung zur proletarisch-politischen Revolution führen sollte. Sie verleugnete die konterrevolutionäre Gefahr, die von sozialdemokratischen Dissidenten wie Kuron und von Gewerkschaftsführern wie Walesa, dessen Loyalität dem Papst gehört und nicht der internationalen Arbeiterklasse, ausgeht. In dem Grenzkrieg zwischen Iran und Irak landete die IKL mit ihrer „Verteidigung der antiimperialistischen Revolution“ wieder im reaktionär-theokratischen Lager von Chomeini.

Genossen, Ihr habt Euch, zumindest manche von Euch, den schlimmsten Auswüchsen solcher Verratspolitik widersetzt. Daß diese Impulse nicht automatisch Übereinstimmung mit den Positionen der iST bedeuten, ist uns klar. Doch wissen wir auch, daß Ihr als sehr kleine Ortsgruppe in erheblichem Maße dem Druck der TLD ausgesetzt seid, und daß wir Eure Kritik an den Mehrheitspositionen nicht unmaßgeblich beeinflusst haben. In Afghanistan steht Ihr gegen den Abzug der Roten Armee und damit politisch auf der anderen Seite in einem heißen Krieg als die meisten Eurer Genossen in Berlin und Wien. Zu Polen nehmt Ihr prinzipiell für die Verteidigung der Sowjetunion Stellung (selbst wenn Ihr – widersprüchlich genug – den „Bruch mit dem Warschauer Pakt“ fordert), und die Nichtverbreitung der IKL-Position der unkritischen Unterstützung von

Walesa und Walentynowicz ist ein klarer Beweis, daß die fusionierte Organisation IKL/Spartacusbund zwei grundsätzlich verschiedene Linien in Polen vertreten würde – was nur zur Spaltung oder zur Lähmung der politischen Arbeit führen könnte. Zu Iran/Irak habt Ihr Euch verbal zum revolutionären Defätismus bekannt, obwohl Ihr bisher (jetzt schon sechs Wochen nach Ausbruch des Krieges!) keine schriftliche Stellungnahme publiziert habt.

Wir richten diesen Brief deswegen an Euch, weil wir noch die Möglichkeit zu harter politischer Auseinandersetzung mit Euch sehen – im Gegensatz zur Berliner Gruppe, die im „Antifa“-Sumpf versackt ist oder zur IKL, die zu den oben erwähnten Fragen Positionen *rechts* vom Vereinigten Sekretariat (zumindest der Mandel-Mehrheit) einnimmt. Der Aufbau einer leninistischen Avantgarde erfordert harte politische Konfrontation zur Klärung politischer Perspektiven. Das ist, was wir anstreben und immer angestrebt haben.

Wir sind allerdings nicht der Auffassung, daß die auseinanderklaffenden Positionen in Eurer Organisation zufällig oder neuartig sind. Schon die Entstehung des Spartacusbundes aus der Fusion von KO und BL 1974 beruhte auf der Ausklammerung von Fragen wie „Konkrete Einschätzung der degenerierten und deformierten Arbeiterstaaten...“, „Einschätzung der stalinistischen Parteien...“, „Frage der nationalrevolutionären Befreiungsbewegungen...“ (*Ergebnisse und Perspektiven* Nr.1). Noch weiter rückblickend ist der Geburtsfehler der national-orientierten, aber nach links gerichteten Abspaltung von IKD und KJO Spartacus aus dem Vereinigten Sekretariat 1968/69. Da die programmatische Konfusion und die nationale Borniertheit der frühen Periode nur impressionistisch überwunden wurde, taumelte die Organisation von einem Zusammenbruch zum anderen, bis die Organisation außer Berlin und Frankfurt nur aus einigen zersprengten Individuen bestand. Daß eine Reihe von Genossen daraus die Konsequenzen gezogen haben und zur iST gekommen sind, ist Euch wohl bekannt.

Die Geschichte der KJO und auch von Spartacus-BL war durch eine beschränkte nationale Orientierung gekennzeichnet: die Internationale würde das Produkt der Stärkung nationaler Organisationen sein. Diese Haltung ist in *negativer* Weise aufgehoben worden. Da es dem Spartacusbund nicht gelingen konnte, eine politische Organisation durch „Portugal-Nachrichten“, propagandistische Wahlbündnisse auf Basis eines Minimalprogramms oder opportunistische Gewerkschaftsarbeit aufzubauen, habt Ihr in der Anlehnung an diverse internationale zentristische Organisationen Zuflucht gesucht. (Was ist aus dem Traum der „proletarischen Basis“ im Ruhrgebiet geworden? Zerronnen wie die Mitgliedschaft in Essen, Gelsenkirchen etc.)

Prototyp für diese Entwicklung war die kurzlebige „Notwendige Internationale Initiative“ von 1976/77. Grundsätzlich war dieser Block von der Frazione Marxista Rivoluzionaria von Roberto Massari (ehemaliger Führer der Meshrajonka-Tendenz des Vereinigten Sekretariats) dominiert. Robertos damalige Orientierung war auf die Mehrheit des Vereinigten Sekretariats von Mandel ausgerichtet. Durch den Begriff des „Zentrismus sui generis“ stellte Roberto die VS-Mehrheit als opportunistisches, aber reformierbares Gebilde dar, wodurch jegliches Manöver gegenüber der Führung des VS gerechtfertigt werden konnte. Robertos Wunsch, als Fraktion wieder im VS aufgenommen zu werden, spaltete die NII – und den Spartacusbund – nach einem knappen Jahr. Im Kampf gegen die internationale faule Blockpolitik entstand die dritte trotzkistische Fraktion im Spartacusbund, die sich Anfang 1977 mit der TLD vereinigte.

Der britische Blockpartner in der NII, die International Communist League, driftete sehr schnell in tiefen Entrismus in die britische Labour Party hinein ab. Roberto und seine deutschen Anhänger (die Kommunistische Liga), versuchten, wieder ins VS zu gelangen. Robertos Weg führt jetzt in Richtung Bruch mit dem auch nur vorgeblichen Trotzkismus und zur Fusion mit der italienischen Minimöchtegen-Volksfront Democrazia Proletaria. Diesen Pabloismus des zweiten Aufgebots hat Massari kürzlich am konsequentesten formuliert, indem er als Basis für organisatorische Einheit besonders „die psychologische Haltung in Bezug auf die Politik“ hervorhob (*en route* Nr. 6, Dezember 1979). Kein Wunder, daß Robertos Gruppierung ihr französisches Organ „en route“ (auf dem Weg) nennt. La route ist alles, das Ziel ist nichts.

Die Spaltung der NII (und die effektive Zerstörung des Spartacusbundes als Organisation mit nationaler Präsenz) war nur ein Produkt der Politik der faulen Blockbildung – in einem Block, wo Roberto wohl der „Reiter“, der Spartacusbund „Pferd“ war. Die KL wünscht ihren italienischen Genossen bei der Auflösung der Lega Comunista in der Democrazia Proletaria „viel Erfolg“. Sie würden damit „unsere gemeinsame politisch-programmatischen Traditionen, Errungenschaften, Positionen und Methoden in anderer Form fortsetzen...“ (*Revolution*, Oktober 1980).

Was waren diese Traditionen? Erst mal organisatorischer Zusammenschluß, dann erst Diskussion (über „Die Krise des Imperialismus“, „bürokratische Arbeiterstaaten“, „Die proletarische Revolution in den neokolonialen Ländern und die nationale Frage“, „Volksfronten“, „Die Krise der Vierten Internationale“ und ein paar andere Lappalien). Bei solchen offenen Fragen war es nur der Trägheit der Diskussion zu verdanken, daß dieses Kartenhaus ein Jahr lang gehalten hat.

Grundsätzlich ist diese Methodik von der des Vereinigten Sekretariats im Aufbau der Internationale nicht unterschieden. Und auch die Appetite sind ähnlich, wie ihre Hochjubelung der „permanenten Revolution“ in Chomeini Iran oder ihre Berater-Haltung zur FSNL in Nicaragua („Für eine FSNL-Regierung, die dieses antikapitalistische Programm annimmt!“, *permanente revolution*, Oktober 1979) zeigte. Auf nationaler Ebene ist die KL nur der Schatten des KB.

Man beruft sich auf ein paar abstrakte Prinzipien (die niemand einzuhalten gedenkt), schließt sich zusammen auf Basis eines Nichtangriffspaktes und spaltet sich, wenn Fragen auf nationalem Terrain die latenten Differenzen zwischen den Blockpartnern brenzlich werden lassen.

Die kleinen zentristischen Gruppen, die Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre aus dem VS in Britannien, aus der staatskapitalistischen SWP entstanden sind, mußten in vielen Fällen die Notwendigkeit einer internationalen Organisation verbal anerkennen: vor allem, weil sie als nationale zentristische Strömungen keinen Platz finden konnten zwischen Mandels zentristisch/reformistischer „Internationale“ und dem revolutionären Trotzkismus der iST. Aber es handelt sich um prinzipienlose Zweckbündnisse von Organisationen, die sich gegenseitig anlehnen, weil sie programmatisch weder national noch international eine Existenzberechtigung haben. So ist es nichts anderes als der Versuch einer Wiederholung des NII-Fiaskos, wenn der Spartacusbund Beziehungen zu Workers Power unterhält und ihre Publikationen vertreibt, eine Organisation, die zum Krieg zwischen Iran und Irak schreibt: „Wir würden den iranischen Truppen jetzt noch nicht raten, ihre Gewehre gegen ihre Offiziere zu wenden, aber wir würden sie ermutigen, sich darauf vorzubereiten, sobald die irakische Invasoren zurückgeschlagen sind.“ (Eine klassische Formulierung für Burgfrieden!) Workers Power ruft für eine „militärische Einheitsfront“ mit den Schlächtern der Kurden, den Pasdaran, auf (*Workers Power*, Oktober 1980). Nicht besser steht es mit dem anderen Gesprächspartner des Spartacusbundes in England, der WSL von Alan Thornett, die in Iran die Mullahs hochjubelte und die zu Polen nichts anderes als „hoch die polnischen Arbeiter“ zu sagen hat. Die einzige Gemeinsamkeit dieser Gruppen ist ihr „Anti-Spartacismus“.

Sowohl die „Declaration of Intent“ des Trotskyist International Liaison Committee (britische WSL, LOB Chiles, GBL Italiens, TAF Dänemarks) wie der Brief des Spartacusbundes zur Begründung der Nichtteilnahme an diesem Stiefkind der NII sind Zeugnisse für die Anwesenheit des Gespenstes der iST bei der Gründung solcher Formationen. Und es ist klar, warum die iST in den Köpfen von Euch und Euren internationalen Verbündeten und Diskussionspartnern herumspukt. Wir haben eine internationale demokratisch-zentralistische Tendenz aufgebaut. Sogar der häufigste politische Angriff gegen uns hat einen zweischneidigen Charakter: „formale Orthodoxie“. Wir sind orthodoxe Trotzkisten. Revolutionärer Marxismus ist für uns keineswegs Dogma, es ist die Methode des Kampfes um die Herrschaft des Proletariats im Weltmaßstab auf dem Weg zur klassenlosen Gesellschaft. Die Entstehung der Sowjetunion wie ihre Bürokratisierung, der Kampf gegen Faschismus und imperialistischen Krieg, die Entstehung von deformierten Arbeiterstaaten (Kuba!), die sich verschärfende Krise des internationalen imperialistischen Systems: es genügt

Fortgesetzt auf Seite 11



Mit Bericht und Dokument zur Ersten Delegiertenkonferenz der internationalen Spartacist Tendenz!

DM 2,-

Zu beziehen über:  
Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt/M. 1  
Pschk. Ffm 119 88-601 (W. Hohmann)

## SPARTAKIST-Diskussionsreihe, 3. Teil

### WESTBERLIN:

Donnerstag, 11. Dezember, 18 Uhr,  
Nachbarschaftsheim Schöneberg,  
Rembrandtstraße 8, Raum 18

### Die Aufgaben von Revolutionären in Deutschland

### FRANKFURT:

Donnerstag, 11. Dezember, 19 Uhr,  
Studentenhaus, Jügelstraße, Raum 105

### Welche Strategie für die Länder der „Dritten Welt“?

# Türkei...

Fortsetzung von Seite 12

partei (MHP) und deren berüchtigten paramilitärischen Banden, den Grauen Wölfen. Während Demirel, Ecevit und Erbakan freigelassen worden sind, bleibt Türkeş immer noch in „Schutzhaft“. Seine wachsende Unterstützung innerhalb der Armeekräfte beunruhigt die alten Generale.

Berichten zufolge soll das Anwachsen von Erbakans MSP bei der Entscheidung der Generale, die Macht zu ergreifen, eine gewichtige Rolle gespielt haben. Einen Monat vor dem Putsch führte die MSP eine Demonstration von 50 000 durch Konya (das türkische Gegenstück zu Chomeinis Ghom) und forderte die Rückkehr zum islamischen Gesetz, der „Sheriat“, die von Mustafa Kemal verboten worden war. Transparente und Losungen waren in arabischer Schrift, 1929 für illegal erklärt, als die lateinische Schrift eingeführt wurde. Ein Großteil der Menge weigerte sich, bei der Nationalhymne aufzustehen (daher auch Evrens Klage) und viele männliche Demonstranten trugen den Fez, die traditionelle ottomanische Kopfbekleidung,



Spartakist Foto

## Frankfurt, 27. September: TLD demonstriert gegen Putsch der türkischen NATO-Generale

die von Atatürk nur noch dem Klerus zugestanden wurde.

Die militärische Führungsspitze ist sich der Gefahr, die die äußerste Rechte darstellt, genau bewußt. Sie blicken über die Grenze nach Iran und machen sich nur darüber Sorgen, daß ein Sieg der islamisch-obskurantistischen Kräfte die Zerrüttung der Armee bedeuten würde.

Was die organisierte Arbeiterklasse angeht, so wollen die Militärs offensichtlich ihre Militärdiktatur ohne großes Blutvergießen à la Pinochet installieren. Eine der ersten Handlungen der neuen Junta war die Ankündigung einer 70prozentigen Steigerung der Löhne „in Vorauszahlung“, um streikende Arbeiter wieder an die Arbeit zu bringen. Mit einer Inflation, die fast das Doppelte dieser Steigerung beträgt, bedeutet das allerdings eine kräftige Senkung der Reallöhne. Als Anregung für „gemäßigte“ Gewerkschaftsarbeit ist eine konservative Gewerkschaftsföderation, die Türk-IS, intakt geblieben. Aber jeder weiß, daß die Generale an erster Stelle geschworene Feinde der Linken und der Gewerkschaften sind. Der „Weg von Atatürk“ ist mit den Leichen der Kurden und Kommunisten gepflastert, die TKP ist seit 1926 offiziell verboten. Was die Wirtschaft betrifft, so kündigte die neue Junta an, daß sie „Demirels Programm ohne Demirel“ durchführen werde – das heißt rücksichtslose Austeritätsmaßnahmen, notfalls mit dem Bajonett ausgeführt.

## Der NATO-Putsch

Die Reaktionen des Imperialismus auf den türkischen Putsch wurden vom *Economist* zusammengefaßt: „Welcome back, General“. Natürlich versuchte Evren zuallererst zu behaupten, daß die USA über den geplanten Putsch „nichts, nicht einmal im Voraus, wußten“. Aber während die amerikanische Botschaft in Ankara zur Zeit des Machtwechsels nur eine Stunde und fünfzehn Minuten vorher gewarnt wurde (wie später zugegeben wurde), ist es eindeutig, daß Washington, Brüssel und Bonn unter den Drahtziehern waren. *Es war ein Putsch für die NATO*. Die Türkei ist ein strategisches Bollwerk in dem antisowjetischen imperialistischen Militärbündnis, sie hat eine lange gemeinsame Grenze mit der UdSSR und besitzt eine fast 500 000 Mann starke Armee, die größte in der NATO nach den USA. Man kann kaum von einem Zufall sprechen, daß die Generale ihren Umsturz genau zu dem Zeitpunkt durchführten, als in der Türkei NATO-Manöver stattfanden, geschweige denn, daß sie nicht unterbrochen wurden. (Die griechischen Obristen ergriffen 1967 ebenfalls unter dem Schutzschild von NATO-Übungen die Macht.)

Die Imperialisten verhehlten kaum ihre Gutheißung des Putsches. In Washington weigerte sich ein Sprecher des State Departments, die Machtübernahme zu kritisieren, während aus Bonn SPD-Finanzminister Matthöfer zitiert wurde, der hofft, daß der Putsch einen „Heilschock“ aus-

üben könnte (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13. September). Diese Unterstützung ist umso wichtiger, als Westdeutschland ein besonderes Verhältnis zur Türkei im Rahmen der NATO pflegt. Seit 1964 hat die sozialliberale Koalition die türkische Regierung mit Waffenlieferungen im Wert von fast 1,6 Milliarden DM unterstützt, zusätzliche Armeeausrüstung und „Sonderhilfe“ folgten nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan. Weitere 560 Millionen DM an Wirtschaftshilfe wurden allein seit Anfang 1980 zur Verfügung gestellt und Bundeskanzler Schmidt hat den neuen Kriegsrechtsherren in Ankara versichert, daß diese Unterstützung anhalten wird.

Nachdem Griechenland 1974 aus Protest gegen die türkische Invasion Zyperns aus der NATO ausgetreten war und Portugal nach der „Offiziersrevolte“ in demselben April von der Agitation der Linken in Unruhe versetzt wurde, begannen die USA, sich laut Sorgen zu machen über den „weichen Unterleib“ des Atlantischen Bündnisses im Mittelmeerraum. Und als der Wachhund der USA südlich der Sowjetunion, der Schah, von der „islamischen Revolution“ der Mullahs hinweggefegt wurde, versetzte das Abgleiten der Türkei in einen Bürgerkrieg das Pentagon in Alarm. Nach dem Verlust der strategischen Hochposten in Iran liefern ähnliche Einrichtungen in der Türkei ein Viertel der NATO-Spionage über die Starts sowjetischer Raketen und Satelliten, und seit über einem Jahr sind die USA vorstellig geworden, um türkischen Luftraum für die Aufklärungsflüge ihrer U-2 über der Sowjetunion benutzen zu können.

Außerdem wollten die USA Griechenland unbedingt wieder in die NATO zurückholen, aber die türkische Regierung stimmte viermal dagegen, dabei buhlten sowohl Demirel als auch Ecevit um die Gunst der islamischen chauvinistischen Splitterparteien, die das Zünglein an der Waage im Parlament waren. Der Putsch löste diese Frage sofort: Nach der formellen Ankündigung der Griechen über ihre Entscheidung, wieder in die NATO einzutreten, wurde das einen Tag später vom türkischen Außenministerium begrüßt. Das bedeutete eine Kehrtwendung von der bis dahin unnachgiebigen Position der Türkei, daß Griechenland solange draußen bleibt, bis es seinen Anspruch auf alleinige militärische Oberhoheit in der Ägäis aufgibt. Im Gegenzug bejubelte Athen den türkischen Putsch. Hinter dieser plötzlichen Zurschaustellung von Brüderlichkeit zwischen historischen Erzrivalen (Atatürk wurde das erste Mal als Held gefeiert, als er 1921 die griechische Armee schlug) steckt eindeutig die Hand des Pentagon und des NATO-Hauptquartiers. Nach dem Putsch besuchte der Oberkommandierende der Alliierten in Europa, General Bernard Rogers, Ankara viermal, um nach Berichten die griechische Frage zu diskutieren.

Die bonapartistische Herrschaft des Militärs ist in der türkischen Gesellschaft traditionell stark gewesen. Das reicht von der konstitutionalistischen Revolution der „Jungtürken“ 1908/09 bis zu Mustafa Kemals Kampf für eine türkische Republik von 1919 bis 1923. Der Präsident der Republik ist immer ein ehemaliger hoher Offizier gewesen. Heute befinden sich die türkischen Massen wieder, zum dritten Mal innerhalb von zwei Jahrzehnten, unter dem Joch einer direkten Militärrherrschaft. Aber der Kemalismus der zwanziger Jahre und die politische Ausrichtung der heutigen Erben Atatürks liegen weit auseinander: statt der wirtschaftlichen Entwicklung durch staatseigene Betriebe, Austerität bei „freiem Unternehmertum“; statt Feindschaft gegen den englischen Imperialismus, Eingliederung in die antisowjetische Allianz. Noch bis in die frühen sechziger Jahre hatte die CHP einen beträchtlichen Einfluß in der Armeeführung, aber heute ist die Offizierskaste tief von der MHP des ehemaligen Obersten Türkes durchsetzt.

## Die Gewehre zielen auf Arbeiter und Kurden

Sogar noch vor dem Septemberputsch befand sich die Arbeiterklasse eindeutig in der Defensive, bedroht von ultra-reaktionärem Terror und militärischer Repression. Der letzte Vorfall war am 22. Juli die Ermordung des Führers der militanten Metallarbeiter-Gewerkschaft Maden Is, Kemal Türkler, vor seinem Haus in Istanbul. Türkler war einer der Gründer und früherer Präsident der linken DISK Gewerkschaftsföderation und ein bekannter Unterstützer der Kommunistischen Partei. Seine Ermordung war offensichtlich ein Racheakt für die Tötung des stellvertretenden Vorsitzenden der MHP, Gun Sazak, der im Mai dieses Jahres durch linke Guerillas in die Luft gejagt wurde. Viele Maden Is-Militante reagierten mit spontanen Streiks als Antwort auf die faschistische Provokation. Aber angesichts der Drohungen der Kriegsrechts-Behörden, jeden Streikenden zu feuern, kapitulierten die DISK-Führer und kanalisieren die Empörung der Arbeiter in einen eintägigen Generalstreik.

Mehrere Male demonstrierte die türkische Arbeiterklasse einen entschlossenen Willen zum Kampf, aber sie erlitt dank ihren stalinistisch-reformistischen und linken CHP-Irreführern immer wieder eine Niederlage. Als im Januar die Demirel-Regierung die Durchsuchung nach Waffen in der staatlichen Landwirtschaftsgenossenschaft von Paris anordnete, griffen die Arbeiter des Komplexes zur Selbstverteidigung. Sehr schnell hintereinander wurden mehrere

hundert entlassen, 10 000 Arbeiter antworteten mit einem Streik, Drohungen der Regierung, die Genossenschaft zu schließen, kamen die Arbeiter mit einer Besetzung zuvor. In den umliegenden Arbeiterbezirken von Izmir wurden Barrikaden aufgebaut. Drei Wochen lang war Izmir in den Händen der Arbeiter, aber die DISK tat wenig mehr, als einen Protest an den Präsidenten zu schicken und zu einem zweitägigen Streik aufzurufen, den sie vorzeitig beendete, was zum Zusammenbruch des Generalstreiks in Izmir führte. Schließlich schickte Demirel 10 000 Soldaten, unterstützt von Panzern und Hubschraubern, um den Kampf der Arbeiter zu zerschlagen. Nach einer brutalen Haus-zu-Haus-Durchsuchung durch das Militär wurde den Faschisten freie Bahn für ihren wütenden Terror gegeben.

Die Faschisten erhalten die Unterstützung der Bourgeoisie in ihrer Funktion als Stoßtruppen zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung. Aber wie immer gewinnen sie ihre Massenbasis größtenteils durch die Ausnutzung von rassistischen und religiösen Gegensätzen. Die Alewiten (schiihische Moslems), hauptsächlich Kurden, sind ein regelmäßiges Ziel des ultrarechten Massenterrors gewesen, der die Mehrheit der Sunniten mobilisierte. Im Juli marschierten faschistischer Mob und klerikale Reaktionen gegen die Stadt Corum, um ein Pogrom gegen die Alewiten durchzuführen. Ergebnis: 50 Tote in drei Tagen. Geschäfte der Alewiten wurden unter den Rufen „Allah-u-akbar“ (Gott ist groß) und „Corum wird ein Grab für Kommunisten“ gestürmt. Als die Armee einrückte, riß sie die Verteidigungsbarrikaden der Bevölkerung nieder und sah zu, wie die mörderischen Grauen Wölfe weiter plünderten und brandschatzten.

Jetzt hat die führende Figur der Junta, Stabschef General Evren, den „Separatisten“ (d. h. den kurdischen Nationalisten) den Krieg erklärt. In dieser Situation ist die Verteidigung des Rechts auf Selbstbestimmung für die kurdische Nation ein Schlüssel für die erfolgreiche Bekämpfung der Reaktionäre. Die Zerschlagung des faschistischen Abschaums erfordert einen Kampf in den Gewerkschaften für die Bildung von bewaffneten Arbeitermilizen, um die Arbeiterbezirke und die Wohngebiete der kurdischen und anderer Minderheiten zu verteidigen. Trotz des ständigen Anwachsens der mörderischen Ultrareaktionäre hätte eine erfolgreiche Verteidigung die Grundlage für eine vorrevolutionäre Situation gelegt, die die einzige Möglichkeit einer wirklichen Lösung für das Schicksal der türkischen Arbeiter und Unterdrückten aufzeigt hätte: die proletarische Revolution. Was vor allem fehlte, war eine authentische kommunistische (trozkistische) Führung, fähig, solch einen Kampf aufzunehmen, ein Kampf, der sich in erster Linie gegen die Reformisten richten würde, deren Niederlagen-Programm den Weg für den Putsch bereitete.

## Stalinismus: Organisator von Niederlagen

Der Militärputsch von 1971, der ebenfalls gegen Demirel gerichtet war, wurde anfänglich von Teilen der Linken begrüßt, aber er führte zu einer blutigen Unterdrückung der Arbeiterklasse. Die anschließende Demoralisierung des Proletariats wurde durch die fruchtlose Strategie des „bewaffneten Kampfes“ nur noch vertieft: diese von vielen der subjektiv revolutionärsten Elemente der türkischen Linken, darunter Guevaristen wie der jetzt aufgelöste Devrimçi Gençlik, aufgegriffene Strategie endete meist mit dem Tod in vereinzelt Schießereien mit der Polizei oder mit Folter und Ermordung im Gefängnis. Nach mehreren Jahren oft heroischer Arbeiterkämpfe ist das türkische Proletariat desorientiert und ohne revolutionäre Führung. Die Tatsache, daß der Putsch auf geringen Widerstand der Arbeiter traf und sogar von vielen Arbeitern begrüßt wurde, ist eine unbarmherzige Verdammung der heutigen türkischen Linken.

Fast ohne Ausnahme kapitulierten die vorgeblich revolutionären Tendenzen in der Türkei vor den Illusionen in die „Progressiven“ der früher diskreditierten Republikanischen Volkspartei. Von der stalinistischen TKP bis zu den pseudotrozkistischen Gruppen (drei Stück!), die sich dem Vereinigten Sekretariat zurechnen, gaben sie dieser *bürgerlichen* Partei politische Unterstützung (kritiklos oder „kritisch“), selbst dann, als die Ecevit-Regierung der reaktionär-chauvinistischen Invasion Zyperns vorstand und die permanente militärische Besetzung der kurdischen Gebiete durchführte. Die moskauorientierte TKP ging sogar so weit, der CHP bei der Säuberung von anderen Linken aus der DISK zu helfen, um dann selber mit einer Säuberung ihrer eigenen Unterstützer seitens der CHP belohnt zu werden.

Auf der anderen Seite haben nicht wenige Pseudolinke (insbesondere die schamlosen Maoisten) mehr oder weniger

# SPARTACIST

BRITAIN

Marxist monthly newspaper of the  
Spartacist League/Britain

Abonnement (10 Nummern) DM 10,--

Zu beziehen über die Redaktionsadresse

den Militärputsch in der Türkei *unterstützt*, wie die imperialistischen Sprachrohre einschließlich des *Wall Street Journal* (15. September) frohen Herzens berichten. In Westdeutschland ist die Stellungnahme des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW), der kürzlich mehrere hundert Mitglieder durch eine Spaltung verloren hat, in der sich beide Seiten (korrekterweise) „Vaterlandsverteidigung“ vorwarfen, das skandalöseste Beispiel dieses Verrats. Erst geben sie zu: „ohne Zweifel kommt die Politik der Militärs den Interessen der westlichen Imperialisten in wesentlichen Fragen entgegen.“ Aber dann fahren diese Speichellecker der türkischen Generale fort:

„Dabei decken sich ihre Maßnahmen in einem Punkt auch mit den Interessen der türkischen Nation: in der Unterdrückung terroristischer Aktivitäten, ... die sowohl von der äußersten Rechten wie von Parteigängern der Sowjetunion und linksopportunistischen Kräften ausgehen, und in der Abwehr der Aggressions- und Infiltrationsversuche der Sowjetunion.“ (*Kommunistische Volkszeitung*, 13. Oktober)

Auf diese Weise demonstrieren diese „Vaterlandsverteidiger“, die zu dem letzten Rest derjenigen gehören, die die Todesherrschaft Pol Pots in Kambodscha verherrlichen, daß heute der Maoismus die Unterstützung der reaktionären imperialistischen NATO auf der ganzen Linie bedeutet.

Tatsächlich könnte bald jeder ihrer Gesinnungsgenossen in der Türkei von der Exekution durch dieselben Generale, die der KBW hochleben läßt, bedroht sein. Was den Terrorismus angeht, würden wir hervorheben, daß neben den mörderischen faschistischen Anschlägen auf Linke, neben Anschlägen der Linken auf Ultrarechte, neben Meuchelmord und kommunalem Terror, *in der türkischen Linken brutale Gangstermethoden eine endemische Krankheit sind*. Und die Maoisten tragen mindestens die gleiche Schuld wie ihre nach Moskau orientierten Zeitgenossen bei solchen kriminellen Aktionen, die dem Militärputsch den Weg bereitet haben, indem sie eine proletarische Einheitsfront-Offensive zur Zerschlagung der faschistischen Mörderbanden verhinderten. Das war die gleiche fatale sektiererische Politik, die Stalin für Deutschland ausgab, die selbstmörderische Linie „Kampf dem Sozialfaschismus“, die zusammen mit der Weigerung der Sozialdemokraten, mit der „gemäßigten Bourgeoisie“ (Hindenburg eingeschlossen!) zu brechen dazu führte, daß Hitler ungehindert seinen Weg zur Macht antreten konnte.

### Trotzkismus ist der Leninismus unserer Epoche

Die Entwicklung eines „leninistischen“ Flügels in der TKP (praktisch eine separate Partei, die sich um die Zeitung *İşçinin Sesi* und das in Britannien herausgegebene Magazin *Turkey Today* gruppiert) reflektiert zweifellos die Entrüstung unter Schichten der türkischen Linken über solch eine hartnäckige Kriecherei vor der angeblichen „Volkspartei“. Aber die „Leninisten“ der TKP müssen noch mit der klassenversöhnlichen Politik des Stalinismus brechen, die sich in ihrem Gerede über „progressive“ Generale und ihrem Festhalten an einem „Zwei-Etappen“-Modell für die Türkei (was sie als „demokratische Revolution des fortschrittlichen Volkes“ verkaufen) zeigt. Eine Erklärung des „Koordinationskomitees der Leninisten der Kommunistischen Partei der Türkei“ nach dem Putsch entwirft eine „antifaschistische“ Volksfront unter Einschluss der „bürgerlichen liberalen Kräfte“ als auch Elementen der „Führungsstruktur der Armee“, die der „Junta untergeordnet“ gewesen sind.

Solche Illusionen in die Hilfe von kapitalistischen Kräften und angeblichen linksgerichteten Offizieren zu streuen, ist ebenso tödlich wie die Kapitulation der TKP vor Ecevit und dem „Linken Flügel“ der CHP vor dem Putsch. Der einzige Weg, die bonapartistische Junta hinwegzufegen und die faschistischen Terroristen auszumerzen, ist die proletarische Revolution. Aber den „Leninisten“ fehlt der politische Kompaß, der sie auf diesen Weg leiten kann. Mit der verräterischen Volksfrontterminologie, Dimitroff direkt entnommen und von einem eklektischen Impressionismus geleitet, erklärten sie zunächst die Situation in der Türkei vor dem Putsch als „revolutionär“ und beschrieben dann die Junta als „faschistisch“. Und doch wurde eine solche scharfe Wende ohne den Funken einer Opposition vollzogen.

Die TKP-Leninisten haben außerdem ihre linken Impulse nicht zu einem konsistenten internationalen Programm verallgemeinert. Wie stehen sie zu Chomeini, „islamischer Revolution“ in Iran, zum Beispiel? Sie anerkennen korrekterweise das Recht der Kurden in der Türkei auf Selbstbestimmung; wie steht es mit den iranischen Kurden? In der Türkei ist die Linke von faschistischen Kräften im Bund mit der islamischen klerikalischen Reaktion bedroht, aber in Iran bejubeln sie die Mullahs als „antiimperialistisch“, nur weil der Ajatollah gegenwärtig mit den USA zerstritten ist. Sie erkennen zwar an, daß die sowjetische Intervention in Afghanistan gegen eine vom Imperialismus unterstützte islamische Konterrevolution gerichtet war, aber sie sprechen nur von „der unsicheren Lage in Iran“ (*Turkey Today*, Mai/Juni 1980). Und sie bleiben natürlich noch eine Erklärung für die Unterstützung der moskautreuen Tudeh-Partei für Chomeini schuldig, was die gesamte Frage der

konterrevolutionären Außenpolitik des Kremls seit Stalin aufwirft, dem wirklichen Ursprung des Opportunismus der TKP.

Ernsthafte türkische subjektive Revolutionäre müssen sich mit den Lehren des Stalinismus befassen. Besonders angesichts der jetzigen starken Unterdrückung in der Türkei kann die internationale Solidarität der Arbeiterbewegung eine wichtige Rolle spielen bei der Verteidigung der Arbeiter, Linken und Kurden, auf die die Gewehre der Generale zielen. Sie kann eine wichtige Rolle spielen, die vielen tausend militanten linken türkischen Arbeiter in Westdeutschland und sonstwo in Europa durch die Bande der internationalen Solidarität zu verbinden. Wenn sie vom Stalinismus in allen seinen Variationen, sei es pro-Moskau oder pro-Peking oder die der mehr eklektischen Guevaristen, gebrochen werden können, können sie eine zentrale Rolle bei der Schaffung des Kerns einer

## Polen...

Fortsetzung von Seite 8

dem Gespenst der sowjetischen Armee einzuschüchtern, während Sozialdemokraten im Westen über die sowjetische „imperialistische Ausbeutung“ von Osteuropa geifern. In Wahrheit hat der Kreml im letzten Jahrzehnt versucht, Polen zu stabilisieren, indem er ein Land wirtschaftlich subventionierte, in dem der Lebensstandard um einiges höher ist als in seinem eigenen.

In einem Perspektivenartikel der *Oakland Tribune* (2. September) zeigte der linksliberale Wissenschaftler Franz Schurmann auf, daß als Folge der gewaltsamen Streiks und Proteste vom Dezember 1970 „Moskau ... den Polen erlaubte, sich bei den westlichen kapitalistischen Wirtschaften nach Hilfe umzuschauen“. Im Jahr 1976 „bestand die sowjetische Konzession an die Polen in der Erlaubnis, ihre Ausgaben für die Verteidigung des Warschauer Pakts zurückzuschrauben, während Moskau das Manko deckte“. Schurmanns Schlußfolgerung lautet, daß die jetzige Krise schlimmer als 1970/71 oder 1976 ist: „Die Sowjets haben nur zwei Möglichkeiten, wenn sie sogar die geringste Veränderung in Polens momentaner politischen Struktur ablehnen – nochmals zu zahlen oder zur Gewalt zu greifen.“

### Für die revolutionäre Einheit der polnischen und russischen Arbeiter!

Werden der Kreml und seine Verbündeten militärisch in Polen intervenieren, wie sie es 1968 in der Tschechoslowakei getan haben? Auf alle Fälle reden sie so, als ob sie wollten. „Versuche von antisozialistischen Positionen aus einen Einfluß auf die Vorgänge in Polen auszuüben, nehmen nicht ab, sondern zu“, warnt ein autorisierter *Prawda*-Artikel (*New York Times*, 27. September). Bis jetzt hat der als Moskaus Sprachrohr agierende ostdeutsche Parteichef Honecker die deutlichste Warnung gegeben:

„Polen ist und bleibt ein sozialistisches Land. Es gehört untrennbar zur Welt des Sozialismus und niemand kann das Rad der Geschichte zurückdrehen. Gemeinsam mit unseren Freunden im sozialistischen Lager werden wir dafür sorgen“ (*New York Times*, 15. Oktober).

Diese Warnungen fanden ein Echo bei der ČSSR und sogar dem „unabhängigen“ Rumänien. Ein paar Wochen später warnte Honecker die NATO vor einer Einmischung, falls Sowjettruppen in Polen einmarschieren sollten:

„Wenn sie einen Krieg gegen den Sozialismus in Europa beginnen wollen, dann werden sie eine Niederlage erleiden durch die kämpfende Macht der Sowjetarmee und der anderen Armeen des Warschauer Pakts“ (*New York Times*, 28. Oktober).

Der Kreml rechtfertigt seine Zerschlagung des Prager Frühlings 1968 mit der Behauptung, daß es sich in Wirklichkeit um den Anfang einer faschistischen, proimperialistischen Konterrevolution gehandelt hat. Diese Lüge diente nicht bloß als diplomatischer Schachzug, sondern vor allem zur Gewinnung des Sowjetvolkes für diese militärische Intervention. Als die Sowjetsoldaten dann Prag tatsächlich besetzten, waren viele angesichts des Protests von kommunistischen Arbeitern und linken Studenten erschrocken. „Uns wurde gesagt, daß wir ausgeschickt wurden, um eine Konterrevolution zu bekämpfen, aber als wir hier hinkamen, sahen wir keine“, gestand ein sowjetischer Oberst, dem ein tschechischer Armeoffizier ins Gewissen redete (*New York Times*, 23. August 1968).

Der Prager Frühling fand statt unter dem Banner eines liberalisierten Stalinismus („Sozialismus mit menschlichem Gesicht“). Aber in Polen wird die Unzufriedenheit und Rebellion der Arbeitermassen durch klerikal-nationalistische Kräfte geführt. Es gibt einen großen Unterschied zwischen dem liberalen Stalinisten Alexander Dubček und Kardinal Wyszyński, der in den ersten Tagen des Streiks an der Ostseeküste „das Wunder an der Weichsel“ feierte – die Niederlage der sowjetischen Roten Armee 1920, herbeigeführt durch den rechten Nationalisten Pilsudski. Die Konterrevolution, die in der ČSSR 1968 nicht existierte, könnte sich aus der jetzigen polnischen Krise entwickeln. Aber als Revolutionäre überlassen wir die polnische

revolutionären trotzkistischen Avantgardepartei in der Türkei spielen.

- Freilassung aller linken politischen Gefangenen der Militärrepression!
- Nieder mit dem Kriegsrecht!
- Boykott aller Militärgüter in die Türkei! Nieder mit der Militärhilfe der Schmidt/Genscher-Regierung!
- Nieder mit der NATO! Keine NATO-Basen in der Türkei und Griechenland! Verteidigt die Sowjetunion!
- Für das Recht der kurdischen Nation auf Selbstbestimmung!
- Türkische Truppen raus aus Zypern!
- Nieder mit der Militärdiktatur – Für eine Arbeiter- und Bauernregierung in der Türkei!
- Schluß mit den Volksfronten! Vorwärts zu einer trotzkistischen Partei in der Türkei, geschaffen im Kampf für die Neuschmiedung der Vierten Internationale!

Arbeiterklasse nicht dem Lager der klerikal-nationalistischen Reaktion. Wie wir in unserem Artikel „Arbeiterstreiks in Polen“ schrieben, enthält die momentane Krise, vor allen Dingen die Existenz von unabhängigen Organisationen der Arbeiterklasse, ebenso das Potential für die proletarische politische Revolution. Ein solcher Ausgang ist das, was wir Trotzkisten anstreben und wofür wir kämpfen.

Wenn die polnischen Arbeiter klerikal-nationalistischen wie Walesa folgen, dienen sie nicht nur ihren Klassenfeinden in Polen, sondern helfen den Bestrebungen des Kreml, das sowjetische Volk gegen sie in Bewegung zu setzen. Revolutionäre polnische Arbeiter können nicht hoffen, das Ohr sowjetischer Soldaten zu erreichen, ohne ihnen zu versichern, daß sie diesen Teil der Welt gegen imperialistische Angriffe verteidigen werden.

Nur indem es seine sowjetischen Klassenbrüder im Namen des revolutionären sozialistischen Internationalismus anspricht, kann das polnische Proletariat sich selbst aus den Ketten der stalinistischen Unterdrückung befreien. Das ist die dringliche Aufgabe, die zu ihrer Lösung vor allem der Herausbildung einer trotzkistischen Partei in Polen als Sektion der wiederzuschaffenden Vierten Internationale bedarf.

Nach Workers Vanguard Nr. 267, 31. Oktober 1980

## Spartacusbund...

Fortsetzung von Seite 9

nicht, prinzipienfest zu sein, man muß auch nachdenken können und das Programm im Kampf anwenden. Unsere Analyse von Kuba, Angola, China, Portugal, Polen haben die Fähigkeit gerade gezeigt, auf die Ereignisse eine marxistische, kämpferische Antwort zu geben. Wir haben eine internationale trotzkistische Organisation aufgebaut, während der Spartacusbund über die „Rekonstruktion des Programms“ träumt und weiter zerfällt.

Wenn man die Presse von dem Spartacusbund und der IKL in letzter Zeit anschaut, kann man eine Methode zusammenreimen – wenn auch keine kohärente. Als unser Kampf sowohl gegen den Mörder Schah wie gegen die klerikale Reaktion in Iran gerichtet war, schrieben Eure Berliner Genossen: „Die Vorstellung, die schüttsche Geistlichkeit wolle einen reaktionären islamischen Staat errichten ... zeugt auch von arroganter Dummheit und imperialistischem Fortschrittsdenken“ (Spartacusbund-Flugblatt, 9. Dezember 1978).

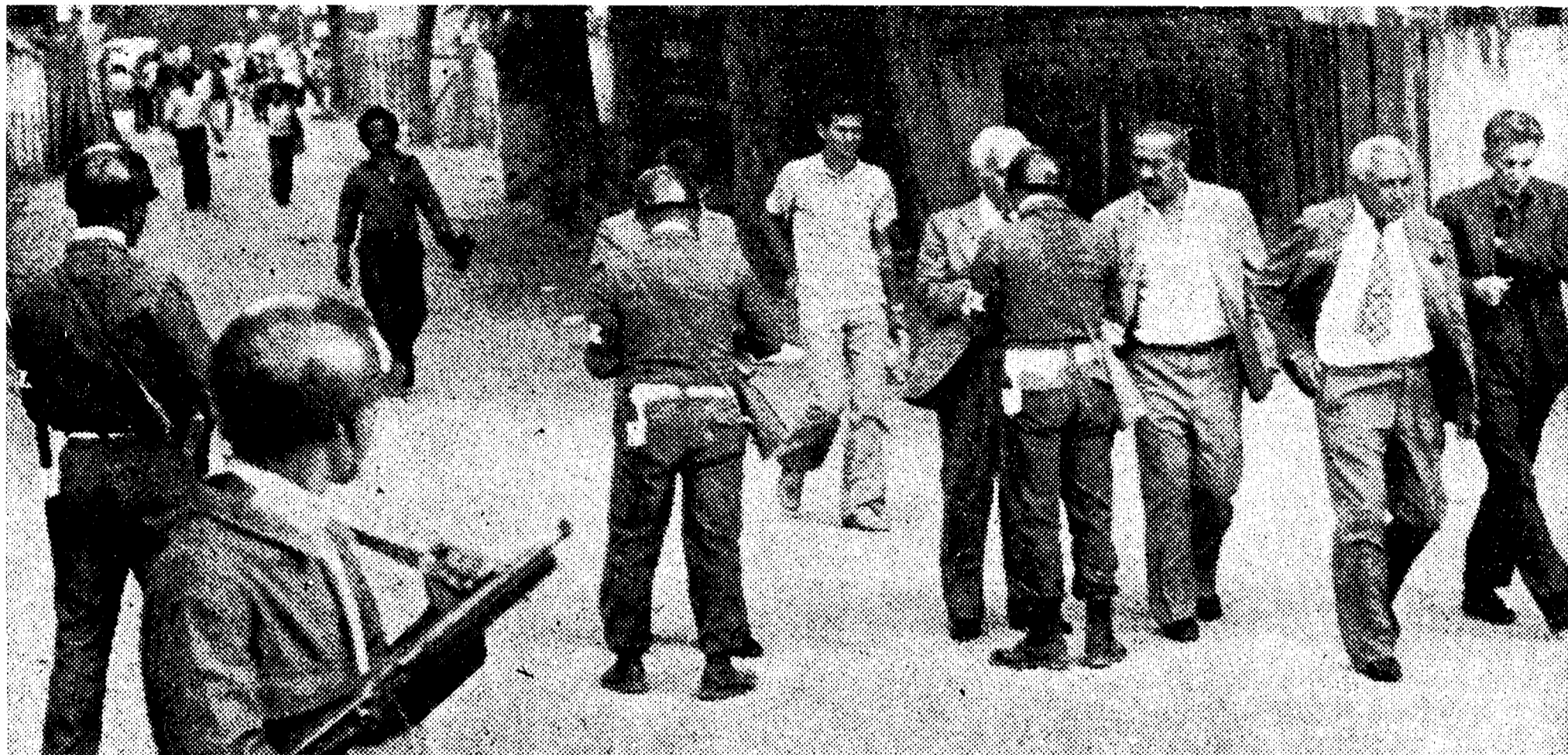
Als wir für die militärische Unterstützung der Armee des degenerierten Arbeiterstaates Sowjetunion gegen die Mullahs und Stammesführer in Afghanistan eingetreten sind, schrie die Mehrheit des Spartacusbundes wie der IKL „Russen raus“. In dem schmutzigen Krieg zwischen Iran und Irak, ausgetragen auf dem Rücken des strategisch wichtigen Proletariats in den Erdölgebieten, hat die IKL nicht nur Partei für den Iran Chomeini als revolutionären „Ausstrahlungsherd“ ergriffen (zu einer Zeit, wo Carter mit Iran verzweifelt einen Deal über den Austausch von militärischen Ersatzteilen gegen die Geiseln zu schließen suchte und die Wichtigkeit der „territorialen Integrität“ Irans posaunte), sondern wurde sie auch zum Apologeten der Nichtexistenz einer revolutionären Avantgarde in Iran, einem Land mit einer industriellen Arbeiterklasse, die Jahrzehnte von Klassenkampf Erfahrung hinter sich hat. „Es gibt viele Ursachen dafür, daß die Entwicklung nicht von einer revolutionären Führung zu einer sozialistischen Revolution weitergeführt werden konnte“ (*permanente revolution* 37/38, Oktober/November 1980).

Genossin Irene hat uns erklärt, der Spartacusbund hätte eine andere „Methode“ als die iST. Damit stimmen wir herzlich überein. Aber Genossen des Spartacusbundes, die eine proletarische Revolution machen wollen anstatt Apologeten für Chomeini, Walesa oder die afghanischen Stammesführer zu werden, sollten ernsthaft überlegen, wohin diese „Methode“ des Nachtrabs geführt hat und weiter führt. Wir wollen uns gern einer offenen politischen Auseinandersetzung stellen. Und Ihr?

Mit kommunistischen Grüßen  
Frank Behr  
für das ZK der TLD

# SPARTAKIST

## Brutale Unterdrückung von Arbeitern und Kurden



## Nieder mit der türkischen Militärdiktatur!

Nach Monaten wachsender politischer Instabilität entmachtete der türkische Generalstab unter General Kernen Evren die Regierung von Suleiman Demirels rechter Gerechtigkeitspartei. Während Politiker in Limousinen der Armee unter „Schutzhaft“ abgeschleppt wurden, warnte der neue Nationale Sicherheitsrat von fünf hochrangigen Generalen über das Fernsehen, daß jeglicher Widerstand „sofort mit den schärfsten Mitteln gebrochen“ würde. Das Parlament und alle politischen Parteien wurden für aufgelöst erklärt. Streikende Arbeiter wurden an die Arbeit zurückbeordert, etwa 750 Arbeiterorganisationen illegalisiert. Mehr als 1000 Gewerkschafter wurden verhaftet, darunter alle Führer und Funktionäre der Konföderation der Revolutionären Gewerkschaften (DISK), die von der illegalen Kommunistischen Partei (TKP) geführt wird.

Tausende von „verdächtigen Terroristen“ wurden von Militärpatrouillen verhaftet, dabei allein 3000 bei einer Razzia an der Universität von Ankara. Der Nationale Sicherheitsrat gab bekannt, daß seit dem Putsch fast 7000 verhaftet worden sind, weitere 4000 bisher ohne Anklage festgehalten und 750 wegen „terroristischer Aktivitäten“ abgeurteilt worden sind. In den Gebieten der unterdrückten kurdischen Minderheit hat der Terror der Armee besonders heftig gewütet, vor allem im Nordosten der Türkei. In einem Vergeltungsakt besetzten am 22. September Panzer und Truppen die kurdische Gemeinde Baglar, weil in diesem Dorf unter Protest die Beendigung des Kriegsrechts gefordert wurde. Berichten zufolge wurden mehr als 500 Kurden verhaftet. In der Zwischenzeit haben die Generale im Südosten eine große Säuberungsaktion gestartet. Militärdiktaturen sind nie unblutig – die türkische verspricht, ihren Blutzoll zwischen den Kurden, Arbeitern und Linken genau aufzuteilen.

Fast jeder wußte, daß der Putsch kommen würde, es war nur eine Frage der Zeit. Im letzten Jahr richteten die Generale fünfmal ernste Warnungen an die Politiker, mit ihrem gegenseitigen Kleinkrieg aufzuhören und das Abrutschen des Landes in das Chaos aufzuhalten. Wenn das türkische Militär solche Drohungen ausstößt, sind sie ernst gemeint. Als die Armee 1960 die Macht übernahm, ließ sie den rechtsgerichteten Premierminister Menderes hinrichten. In dem „Briefputsch“ vom März 1971 brachte die bloße Andro-

hung der Einmischung Demirel dazu, zurückzutreten. Drei Jahre Kriegsrecht waren die Folge. Diesmal befanden sich die beiden größten kapitalistischen Parteien – Demirels konservative Gerechtigkeitspartei und die „liberale“ Republikanische Volkspartei (CHP) des ehemaligen Premiers Bülent Ecevit – im Parlament in einer Pattsituation. Nach fünfmonatigem Hin und Her und mehr als 150 Abstimmungen waren sie unfähig, einen Präsidenten zu ernennen.

Trotz der repressiven Gesetze, die die Generale gefordert hatten, haben die Kämpfe zwischen den brutalen faschistischen Banden und einer Myriade Kommandogruppen der „extremen Linken“ in den Ghettos der Großstädte, an den Universitäten und sogar in gottverlassenen Provinzstädten die Türkei an die Schwelle eines Bürgerkrieges geführt, der täglich zwischen 20 und 30 Leben forderte. Der Ruf des Militärs nach einem rigorosen „antiterroristischen“ Eingreifen war sicherlich nicht ohne Unterstützung in der Bevölkerung, da die politischen Kämpfe oft den Charakter von Bandenrivalitäten und wahllosem Terror hatten. Kaffeehäuser, die als Treffpunkte der Linken oder Rechten bekannt waren, wurden ohne Rücksicht auf Unbeteiligte überfallen. Slums oder Dörfer, die der einen Seite zugerechnet wurden, wurden regelmäßig von der gegnerischen Seite angegriffen.

In der Zwischenzeit wurde die türkische Wirtschaft von einer Inflation ergriffen, die im letzten Jahr 130 Prozent erreichte. Und fast der einzige Export des Landes hat aus seinen Arbeitern bestanden, von denen mehr und mehr im Zuge der Rezession in Europa aus Westdeutschland hinausgeworfen werden. Demirel hatte Mühe, die Sparmaßnahmen, die seine Bosse vom Internationalen Währungsfond (IWF) in Bonn und Washington als Bedingungen für weitere Kredite diktiert hatten, durchzuführen. Das kämpferische türkische Proletariat hatte mit einer Welle von militanten Streiks und Fabrikbesetzungen geantwortet. Diese drohten, die geschwächte türkische Wirtschaft an den Rand des Zusammenbruchs zu bringen, obwohl sie von den Stalinisten und den mit der CHP sympathisierenden Gewerkschaftsführern in reformistische Sackgassen geführt wurden. Angesichts der Lähmung der Regierung im Parlament begrüßte die türkische Bourgeoisie fast einstimmig die Machtergreifung der Militärs, in ihren Augen das einzige Mittel, um – durch die

Knebelung der sich widersetzenden Arbeiterklasse – „Stabilität“ zu erzwingen.

### Das Erbe Atatürks

Als die türkischen Militärs ihre Panzer auf die Straße schickten, rechtfertigten sie den Putsch als eine notwendige Maßnahme, um „das Land wieder auf den Weg von Atatürk zurückzubringen“. Am Morgen der Machtübernahme legte General Evren am Mausoleum von Mustafa Kemal (Atatürk) demonstrativ einen Kranz nieder, dem General, der dem verfallenen Osmanischen Reich 1923 den Todesstoß versetzte und die türkische Republik gründete. Bis auf den heutigen Tag betrachtet sich der Großteil der Armee als Erbe und Bewahrer der Traditionen Kemals: bonapartistischer bürgerlicher Nationalismus, der antikommunistischen und westlich orientierten Säkularismus miteinander verbindet. Atatürk sah sich einerseits als Erneuerer, der durch die Bekämpfung des religiösen Obskurantismus ein mittelalterliches Land in das zwanzigste Jahrhundert hineinzog, aber andererseits konnte er nicht die ökonomische Grundlage für einen andauernden gesellschaftlichen Fortschritt legen. Seit einem halben Jahrhundert handeln die „kemalistischen“ Generale als Agenten des westlichen Imperialismus und der nationalen Bourgeoisie, die mehr und mehr an klerikal-reaktionäre und faschistische Kräfte appelliert, ihre wacklige Herrschaft zu stützen.

Es ist viel Wind um die sogenannte „Überparteilichkeit“ des neuen Regimes gemacht worden. In einer Radio- und Fernsehansprache an die Nation griff General Evren diejenigen an, die sich weigerten, die Nationalhymne zu singen, ob „sie nun als religiöse Fanatiker handeln oder als Anhänger fremder Ideologien, die stattdessen die Internationale singen“ (*Le Monde*, 14./15. September). Es wurden nicht nur die Führer der Gerechtigkeitspartei und der CHP verhaftet (und Tausende von Gewerkschaftern und Linken), sondern ebenfalls die zwei führenden rechtsgerichteten Politiker: Nemçettin Erbakan, Führer der islamisch fundamentalistischen Nationalen Heilspartei (MSP) und Alparslan Türkeş, der Hitler der faschistischen Nationalen Aktions-

Fortgesetzt auf Seite 10